LATEIN AMERIKA NACHRICHTEN

FDCL

DOSSIER

VERBOHRTE ENTWICKLUNG

(Neuer) Extraktivismus in Lateinamerika

// IMPRESSUM

HERAUSGEBER:
FORSCHUNGS- UND DOKUMENTATIONSZENTRUM CHILE-LATEINAMERIKA E.V. UND LATEINAMERIKA NACHRICHTEN

Erscheint als Dossier Nr. 6 innerhalb der LN 459/460 (September/Oktober 2012) sowie als separate Themenbroschüre.
Redaktion: Redaktionskollektiv der *Lateinamerika Nachrichten*
V.i.S.d.P. Manuel Burkhardt und Tobias Lambert

// KONTAKT
Gneisenaustr. 2a, D – 10961 Berlin
Tel: 030 / 694 61 00, Fax: 030 / 692 65 90
www.fdcl.org
info@fdcl.org
www.lateinamerika-nachrichten.de
LN-Redaktion: redaktion@LN-Berlin.de
Bestellungen und Informationen zum LN-Abo: abo@LN-Berlin.de

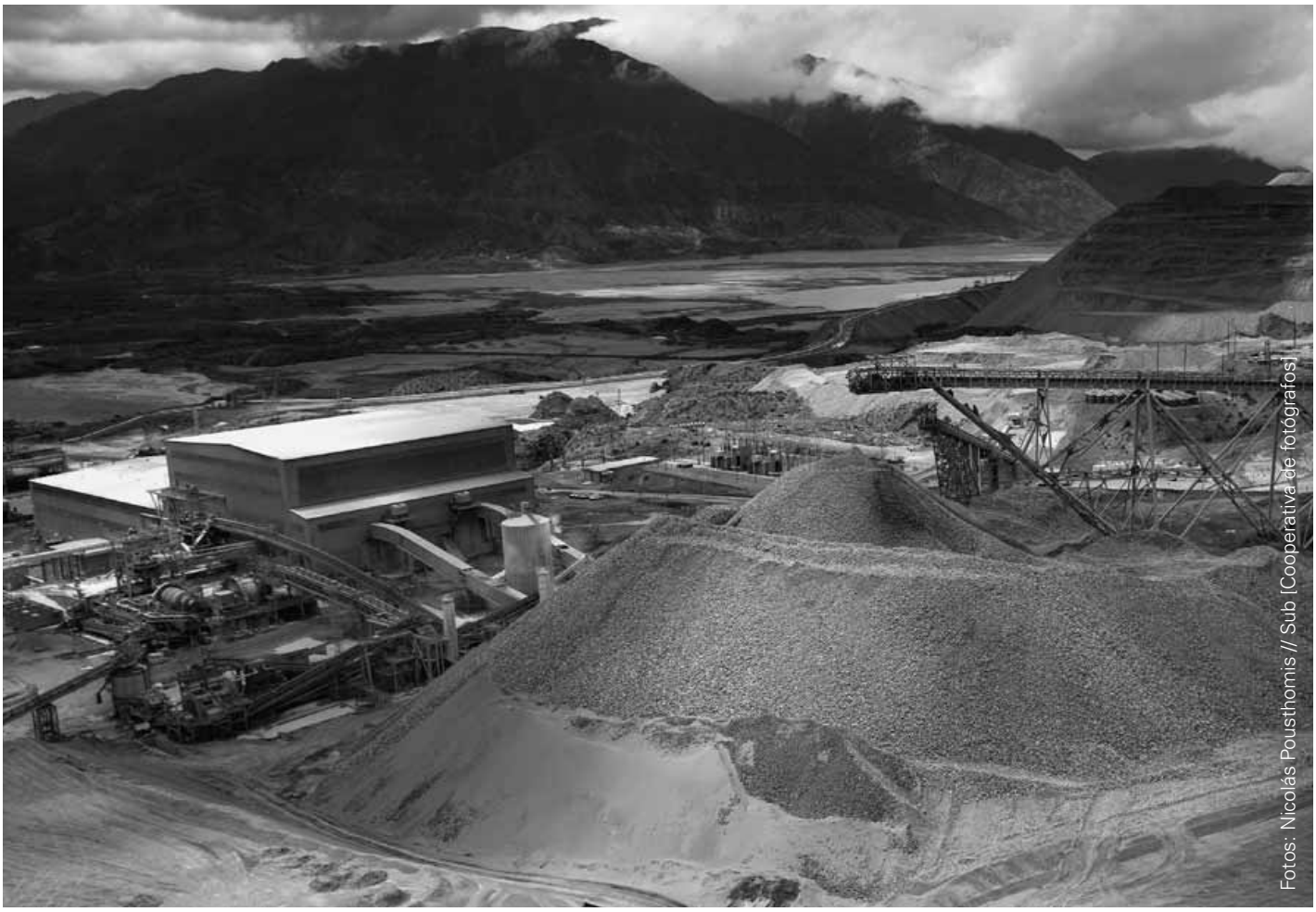
Diese Publikation wurde gefördert durch die Europäische Union.

Diese Publikation wurde produziert mit der finanziellen Unterstützung der Europäischen Union. Der Inhalt der Publikation liegt in der alleinigen Verantwortung der Herausgeber_innen und kann in keiner Weise als Sichtweise der Europäischen Union angesehen werden. Sie wurde veröffentlicht im Rahmen des von der Europäischen Union geförderten Projekts „*Just trade?!* “. Dieses plädiert im Sinne einer gerechten und nachhaltigen Entwicklung für eine größere Übereinstimmung von Entwicklungs- und Handelspolitik der EU. Das Projekt wird getragen von: Ecologistas en Acción (Spanien), FDCL e.V. (Deutschland), Glopolis (Tschechien), Protect the Future (Ungarn) and Transnational Institute (Niederlande).

Titelfoto: Olmo Calvo Rodríguez von der argentinischen Kooperative Sub [Cooperativa de fotógrafos]

VERBOHRTE ENTWICKLUNG

(NEUER) EXTRAKTIVISMUS IN LATEINAMERIKA



▲ **Dieses und folgende Fotos** Offener Gold- und Kupfer-Tagebau Bajo La Alumbrera, Provinz Catamarca, Argentinien

4 **Ruinöser Ressourcenreichtum** // Ein Dossier zur Debatte über (Neuen) Extraktivismus in Lateinamerika

7 **Alte Wege verlassen** // Neuer Extraktivismus und der holprige Weg hin zu postextraktivistischen Alternativen

10 **Venezuela klebt am Öl** // Die Dominanz des schwarzen Goldes ist in der Wirtschaft ungebrochen

14 **Die Pacha Mama melken** // Die frühere Basis von Evo Morales verliert das Vertrauen, dass dessen Kabinett wirklich an einem strukturellen Wandel interessiert ist

17 **Widersprüchliche Bilanz //** Ecuadors Regierung setzt auf Intensivierung des Extraktivismus mit höheren Sozialausgaben

21 **Bohren, was das Zeug hält** // Brasiliens extraktive Industrien wollen den großen Sprung wagen

24 **Weichen gestellt** // Der Bergbau soll als „Lokomotive" die gesamte kolumbianische Wirtschaft anschieben, trifft aber auch auf Widerstand

28 **Kupferland in privater Hand** // In Chile lagern die größten Kupferreserven der Welt, was seit jeher den Wunsch nach Verstaatlichung befördert

31 **„Aus Umbau wurde Kontinuität"** // Interview mit José de Echave, ehemaliger Vize-Umweltminister Perus

34 **Im Schatten der Industrie** // Kleinbergbau spielt eine wichtige Rolle in Lateinamerika – Ein Überblick

37 **Vorerst finito für Infinito Gold** // Niederlagen für Bergbauunternehmen in Costa Rica

40 **Rückschlag für Bergbaukonzerne** // In Argentinien ist ein Gletscherschutzgesetz in Kraft getreten

RUINÖSER RESSOURCENREICHTUM

EIN DOSSIER ZUR DEBATTE ÜBER (NEUEN) EXTRAKTIVISMUS IN LATEINAMERIKA

Die Ausbeutung von Rohstoffen ist für Lateinamerika nichts Neues. Seit der Kolonisation wurde der Kontinent geplündert, die Gewinne flossen in den globalen Norden. Für die lokale Bevölkerung blieben hingegen Armut, Krankheiten und Umweltschäden. Die Geschichte der hemmungslosen Ausbeutung hat der uruguayische Schriftsteller Eduardo Galeano in seinem 1971 erschienenen Standardwerk *Die offenen Adern Lateinamerikas* eindrücklich geschildert.

Seit ein paar Jahren nun wird nun unter dem Stichwort „Neuer Extraktivismus" wieder zunehmend über die negativen Folgen der Rohstoffförderung debattiert. Extraktivismus bedeutet in diesem Zusammenhang eine auf höchstmögliche Ausbeutung von Rohstoffen und Agrarland für den Export ausgerichtete Entwicklungsstrategie. Die Koordinaten haben sich allerdings verschoben. Denn heute erhöhen in vielen Ländern Lateinamerikas (Mitte)-Linksregierungen die staatliche Kontrolle über die Rohstoffe. Dabei ist die globale Bedeutung Lateinamerikas in diesem Bereich deutlich gestiegen. Lag dessen Anteil am weltweiten Bergbau 1990 zum Beispiel noch bei zwölf Prozent, so betrug er 2009 bereits 35 Prozent. Eine offen neoliberale Bergbaupolitik verfolgen nur noch wenige Länder in Lateinamerika, darunter Chile und Kolumbien.

In Ländern wie Venezuela, Bolivien oder Ecuador müssen transnationale Konzerne heute deutlich höhere Abgaben entrichten. Mit dem Geld werden unter anderem Sozialausgaben gesteigert, was vielerorts zu einem deutlichen Rückgang der Armut und einer Verbesserung des Zugangs zu Bildung und Gesundheitseinrichtungen geführt hat. Bolivien und Ecuador haben als gesellschaftliches Ziel in ihren neuen Verfassungen die Verwirklichung des „guten" oder „erfüllten Lebens" (buen vivir) formuliert, das auf indigenen Wertvorstellungen basiert. Ecuador hat sogar Rechte der Natur in der Verfassung festgeschrieben. Doch jenseits von öko-sozialistischen Diskursen hat sich an der Fixierung auf Rohstoffexporte nichts geändert. Im Gegenteil nimmt deren Bedeutung als Devisenquelle mit steigenden Staatsausgaben zu.

Der Uruguayer Eduardo Gudynas vom Lateinamerikanischen Zentrum für Sozialökologie (CLAES) charakterisiert die neuen Rohstoffpolitiken der progressiven Regierungen als „Neo-Extraktivismus" und hat damit in Lateinamerika eine Debatte über die Nachhaltigkeit des extraktiven Wirtschaftsmodells ausgelöst. Das Neue am Neo-Extraktivismus ist dabei – laut Gudynas – in erster Linie die größere staatliche Kontrolle über die Einnahmen aus den extraktiven Industrien. Die Ausbeutung der Rohstoffe werde durch die gerechtere Verteilung der Gelder wiederum stärker legitimiert und Kritik daran politisch marginalisiert. Anstatt an der Überzeugung festzuhalten, dass möglichst viele Einnahmen aus dem Rohstoffsektor abgeschöpft werden müssten, fordert Gudynas zum Nachdenken über Alternativen auf. In der Debatte um eine Überwindung des Extraktivismus geht es ihm dabei nicht darum, künftig sämtliche Rohstoffförderung zu unterbinden, wohl aber deutlich einzuschränken. Da der Weg zu einer post-extraktivistischen Ära langwierig sei, müssten Übergange eingeleitet werden, zu denen zunächst auch eine Erhöhung der Kontrolle über die extraktiven Industrien gehöre, wie sie etwa in Venezuela und Bolivien stattgefunden hat. Dabei stellt Gudynas auch den herrschenden Entwicklungsbegriff und dessen Linearität radikal in Frage. Statt einer „alternativen Entwicklung" müssten „Alternativen zu Entwicklung" diskutiert werden.

Bei aller schlüssigen Kritik am Extraktivismus darf dabei nicht aus dem Blick geraten, dass sich die progressiven, von einer breiten Bevölkerungsmehrheit demokratisch legitimierten Regierungen in einem realpolitischen Umfeld und dem ständi-

gen Kampf um Souveränität befinden. Zwar hat es in der Geschichte Lateinamerikas immer wieder Verstaatlichungen (und teilweise Reprivatisierungen) von rohstoffffördernden Industrien gegeben. Mit einer derart weitgehenden Rückkehr des Staates bei gleichzeitigem Anziehen der Rohstoffpreise, wie in den letzten Jahren, hatte in den 1990er Jahren jedoch kaum jemand gerechnet. In Folge der Schuldenkrise der 1980er Jahre war den meisten lateinamerikanischen Staaten von Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) als Bedingung für den Erhalt von Krediten eine Deregulierung der Wirtschaft und Verschlankung des Staates auferlegt worden. Dazu gehörte auch die Privatisierung des Bergbausektors. Ein neoliberales Investitionsklima sowie eine schwache Arbeits- und Umweltgesetzgebung zogen transnationale Bergbaukonzerne an.

Seit den letzten Jahren aber kontrollieren viele Staaten in Lateinamerika die Rohstoffförderung wieder stärker. Dabei steht außer Frage, dass, wenn schon Rohstoffe gefördert werden, die Einnahmen aus dem Geschäft der (marginalisierten) Bevölkerung zu Gute kommen sollten und nicht transnationalen Unternehmen. In vielen Fällen haben die Einnahmen aus dem Rohstoff-Export in links regierten Länder erst den Horizont für eine eigenständige Politik geöffnet, die nicht von den Weisungen der einzelnen Industriestaaten oder des IWF abhängig ist. Sollten neoliberale Kräfte in der Region wieder hegemonial werden, würde die Rohstoff-Politik weder ökologischer noch sozialer ausfallen. Die Gewinne wanderten schlicht wieder mehr in die Taschen der Privatwirtschaft. Die stärkere (sozial-) staatliche Kontrolle über die Rohstoffe stellt also durchaus einen ersten Fortschritt dar – längerfristig praktikabel ist die Fokussierung auf den Rohstoffexport dennoch nicht. In ganz Lateinamerika nehmen die sozioökologischen Konflikte mit Anwohner_innen von Bergbau-Projekten drastisch zu. Gegner_innen der Rohstoffförderung werden als Sympathisant_innen der rechten Opposition diffamiert und teilweise kriminalisiert. Das extraktivistische Modell zieht die Vertreibung von Menschen, die Zerstörung von Ökosystemen und landwirtschaftlichen Nutzflächen sowie die Verschmutzung von Wasservorräten nach sich. Der in einigen Ländern diskursiv gewünschte

Übergang zu einer produktiven nicht-kapitalistischen Wirtschaftsweise, scheint durch den Extraktivismus nicht befördert, sondern umgekehrt behindert zu werden.

Mit dem Dossier *Verbohrte Entwicklung* werfen die *Lateinamerika Nachrichten* und das FDCL einen Blick auf die aktuelle Situation des Extraktivismus in Lateinamerika. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Förderung mineralischer und fossiler Rohstoffe. Zunächst führt Eduardo Gudynas in die Diskussion um den Neuen Extraktivismus ein. Martin Ling erläutert am Beispiel des venezolanischen Erdöls die Schwierigkeiten eines Landes, dessen Wirtschaft überwiegend von nur einem Rohstoff abhängt. Anhand von Texten über Bolivien, Ecuador und Brasilien thematisieren Thilo F. Papacek, Ximeña Montaño und Christian Russau jeweils beispielhaft die Rohstoffpolitik der (Mitte-) Linksregierungen. Als Beispiel für eine strikt neoliberale Rohstoffpolitik beschreibt Alke Jenss anschließend, was es bedeutet, dass die kolumbianische Regierung den Bergbau zur „Lokomotive" für die Exportwirtschaft erklärt hat. David Rojas-Kienzle zeigt am Beispiel des chilenischen Kupfers auf, dass die Geschichte von Verstaatlichungen im Rohstoffsektor keineswegs erst in den letzten Jahren begonnen hat. Im Interview geht der peruanische Bergbau-Experte und ehemaliger Vize-Umweltminister unter der aktuellen Regierung Humala, José de Echave, auf die zunehmenden Konflikte rund um den Extraktivismus in Peru ein. Als ehemaliges Kabinettsmitglied erläutert er die Schlüsselmomente, in denen die Regierung Humala sich vom erklärten Ziel einer anderen Rohstoffpolitik abwendete. Ronald Köpke beschreibt anschließend, wie der Kleinbergbau gegenüber dem industriellen Großbergbau benachteiligt wird, obwohl daran deutlich mehr Menschen finanziell partizipieren. Punktuell konnte der zunehmende Widerstand gegen die industrielle Rohstoffförderung bereits Erfolge verzeichnen, die über die bloße Aufschiebung einzelner Projekte hinausgehen und tatsächlich den Extraktivismus in Frage stellen. In Argentinien verabschiedete der Kongress im Oktober 2010 ein Gesetz zum Schutz der Gletscher, das die Ausbeutung von Rohstoffen in festgelegten Gebieten untersagt und einen Rückschlag für die Lobby-Arbeit großer Bergbaukonzerne darstellt. Ebenso verhält es sich mit dem im November 2010 beschlossenen Verbot aller neuen Projekte des offenen Metall-Tagebaus in Costa Rica als erstem Land in Lateinamerika. Antje Krüger und Markus Plate behandeln die beiden Fälle jeweils in ihren Artikeln.

Bei aller Kritik an den Regierungen, Konzernen oder Schwellenländern sollte indes eines klar sein: Ohne eine nachhaltige Senkung des Rohstoffkonsums im globalen Norden werden Übergänge zu post-extraktivistischen Modellen kaum möglich sein. Das auf fortwährendem Wachstum basierendes Wirtschaftsmodell kann aufgrund der Begrenztheit der meisten Rohstoffe sowie der vielfältigen Krisen des globalisierten Kapitalismus (Ernährungs-, Klima-, Energie- und Finanzkrise) nur radikal in Frage gestellt werden.

// LN und FDCL

FOTOS IN DIESEM DOSSIER

Zwei Fotoreportagen des argentinischen Kollektivs Cooperativa Sub bebildern das vorliegende Dossier. Die jungen Fotograf_innen aus Buenos Aires teilen sich neben ihrer Leidenschaft fürs Fotografieren auch ihr Büro, eine Internetseite als Portal für ihre Arbeit und ihre Einnahmen.

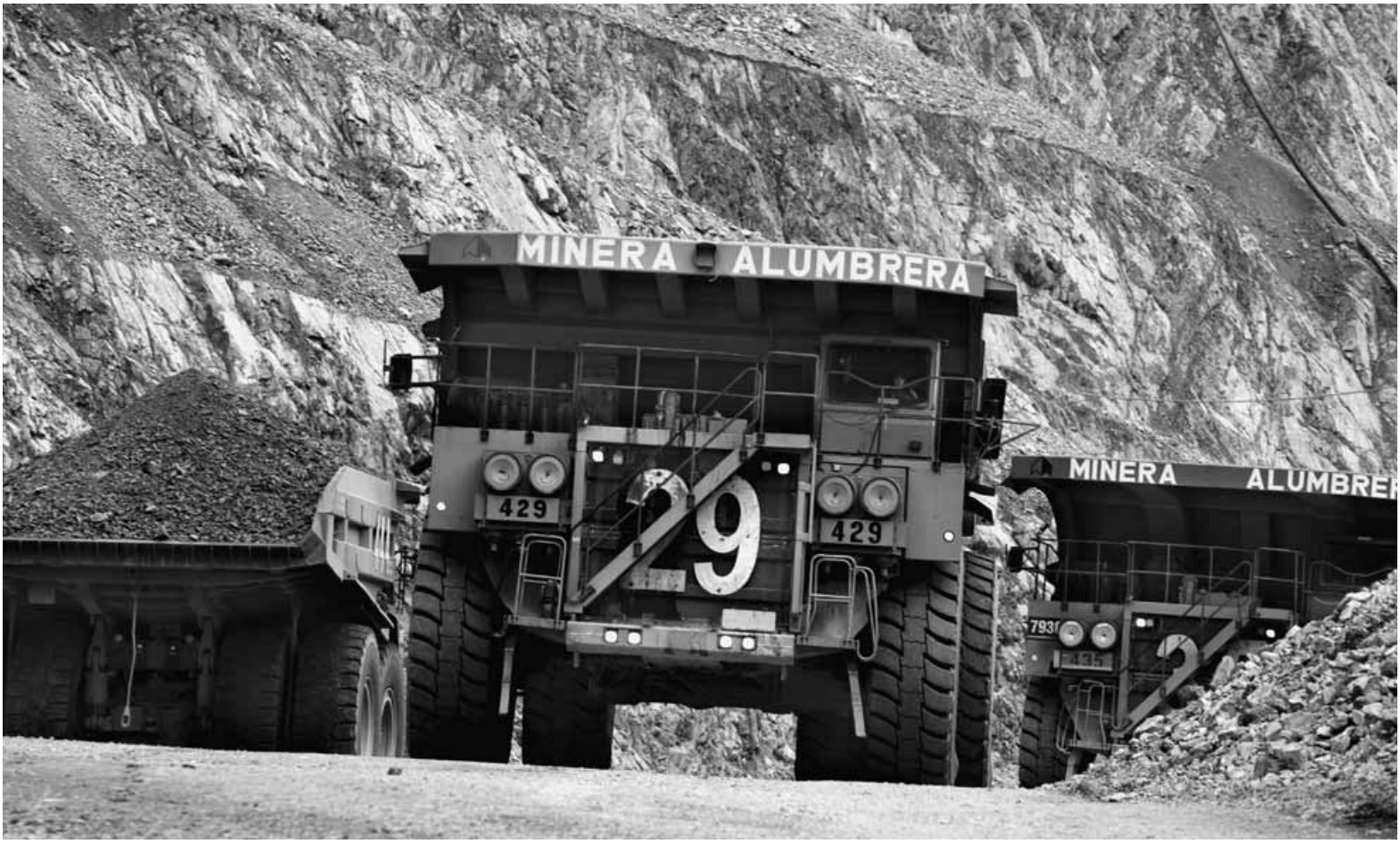
Die erste Reportage von Nicolás Pousthomis zeigt den offenen Gold- und Kupfer-Tagebau Bajo La Alumbrera nahe des Ortes Belén in der nord-argentinischen Provinz Catamarca. An dem Tagebau beteiligt sind das staatliche Bergbauunternehmen YMAD und der transnationale Konzern Alumbrera Limited. Dieser besteht aus dem schweizerischen Rohstoffgiganten Xstrata sowie den kanadischen Unternehmen Goldcorp Inc. und Northern Orion Resources Inc.

Die zweite Reportage (ab Seite 15) stammt von Olmo Calvo Rodriguez und zeigt Fotos der Tausenden Menschen, die jeden Tag in den Minen von Potosí arbeiten. Diese waren einstmals der wirtschaftliche Motor Boliviens, doch jetzt stecken sie in einer schweren Krise. Hunderte Kooperativen beuten die alten staatlichen Minen aus – ohne vernünftige Arbeitsmaterialien und eine Beschwerdeinstanz.

Weitere Reportagen der Kooperative sind zu finden unter: http://sub.coop/

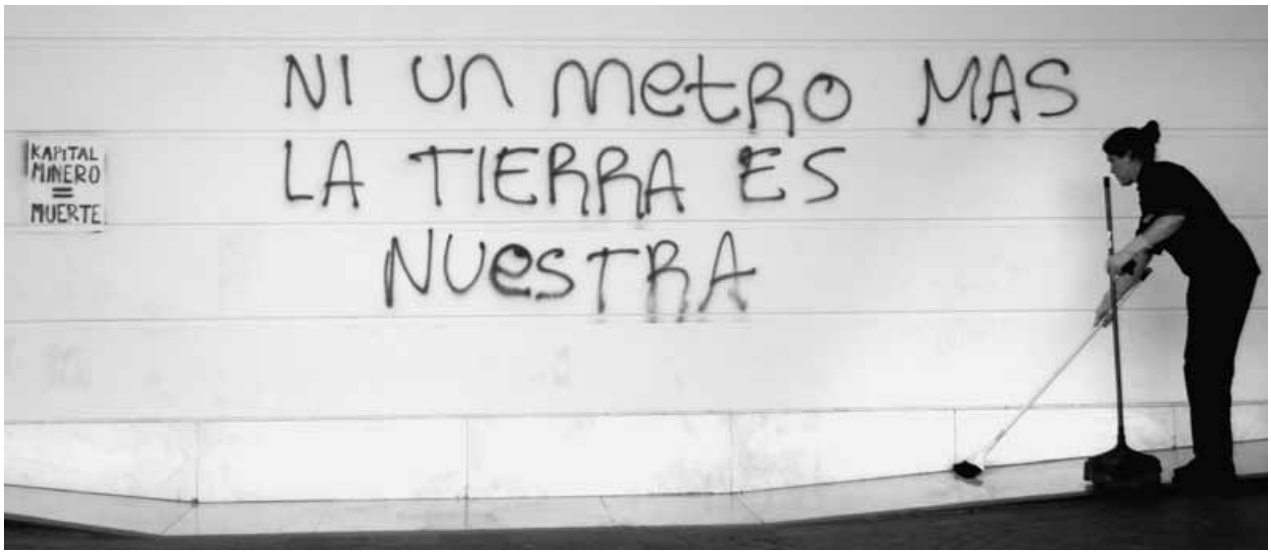
ALTE WEGE VERLASSEN

NEUER EXTRAKTIVISMUS UND DER HOLPRIGE WEG HIN ZU POSTEXTRAKTIVISTISCHEN ALTERNATIVEN



Die Ausbeutung von Rohstoffen wird derzeit in ganz Lateinamerika ausgeweitet. Progressive Regierungen schöpfen heute zwar einen größeren Anteil der Einnahmen ab und investieren diese in Sozialprogramme. Die sozialen und ökologischen Auswirkungen sind trotzdem problematisch. Eine Debatte über die Zeit nach dem Extraktivismus kommt langsam in Gang.

Unsere Konzepte von Entwicklung und Natur sind kulturell tief verwurzelt, wie konkrete Sachverhalte zeigen. So war 1791 in der ersten Ausgabe der Tageszeitung *El Mercurio Peruano*, herausgeben in Lima, damals Hauptstadt des Vizekönigreichs Peru der spanischen Kolonie, zu lesen, dass der Bergbau die größte, wenn nicht gar die einzige Quelle des Reichtums von Peru sei. Mehr als zwei Jahrhunderte später scheint die Haltung im Grunde dieselbe zu sein, wenn der peruanische Präsident Ollanta Humala entgegen seinen Wahlversprechen den Bergbau erneut vorantreibt. Er tut dies im Bruch mit einem Großteil seiner Wählerbasis sowie entgegen der Empfehlungen von Fachleuten und Forderungen von Aktivist_innen aus der Linken, und verbündet sich stattdessen mit konservativen und wirtschaftsnahen Kreisen.
Peru ist dabei kein Einzelfall. Das günstige Klima für



Bergbau, Erdöl- und Erdgasförderung, Monokulturen in der Landwirtschaft sowie andere Formen von Extraktivismus hat sich auf alle Länder Lateinamerikas ausgedehnt, ob nun unter den konservativen Regierungen Kolumbiens oder Chiles, oder unter progressiven wie in Argentinien, Brasilien oder Venezuela. Sie sind auf Exporte ausgerichtet, ziehen schwerwiegende soziale und ökologische Konsequenzen mit sich und folgen den hohen Rohstoffpreisen wie auch der Nachfrage Chinas und anderer asiatischer Staaten. Der größte Bergbaubetreiber ist, entgegen mancher Erwartung, Brasilien. Von 2001 bis 2011, unter der Mitte-Links-Regierung von Luiz Inácio „Lula" da Silva, wurde der Bergbau massiv ausgebaut. Das Abbauvolumen der wichtigsten Mineralien beläuft sich auf 410 Millionen Tonnen, mehr als das aller Andenstaaten zusammen.

Die globale Gesamtsituation macht die exportorientierte Bergbau- und Agrarindustrie zu einem einträglichen Geschäft. Die andauernde Wirtschafts- und Finanzkrise in der EU und den USA erklärt, warum das Kapital sich vielerorts dem Primärsektor zuwendet. Selbst Staaten, die bisher nie Großbergbaubetriebe hatten, wollen heute davon profitieren, so etwa Ecuador, wo die Regierung Rafael Correas kürzlich Verträge zur Kupferförderung im großen Stil unterzeichnet hat (Lagerstätte Mirador). Oder Uruguay, wo unter Präsident José Mujica die massenhafte Extraktion von Eisenerz vorangetrieben wird (Aratirí-Projekt). In beiden Fällen sind linke Regierungen an der Macht. Das Gleiche geschieht in Kolumbien, wo der konservative Präsident Juan Manuel Santos das Bild von der „Lokomotive" Bergbau geprägt hat, die die Wirtschaft des Landes anschieben soll.

So lässt sich eine neue Phase der Ausdehnung des Extraktivismus in ganz Lateinamerika feststellen. Der Begriff Extraktivismus beschreibt die Förderung riesiger Mengen von Bodenschätzen, die hauptsächlich für den Export gedacht sind. Die Bergbau- und Erdölstaaten streben eine Erhöhung der Fördermengen durch intensivere Ausbeutung bereits bestehender Projekte, Eröffnung neuer Förderstätten und die Förderung bisher ungenutzter Rohstoffarten an. Dazu gehören zum Beispiel Lithium in Bolivien oder Schiefergas in Argentinien. Bodenerkundungen finden in immer entlegeneren und schwerer zugänglichen Gebieten sowie unter stetig steigenden Risiken statt, etwa im Amazonas-Regenwald oder auf dem Atlantik-Schelf. Auch die Produktion von Agrarrohstoffen gewinnt einen extraktivistischen Charakter: Monokulturen werden auf riesige Flächen ausgeweitet und weitgehend unverarbeitet exportiert. Das bekannteste Beispiel hierfür ist der Sojaanbau in Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay.

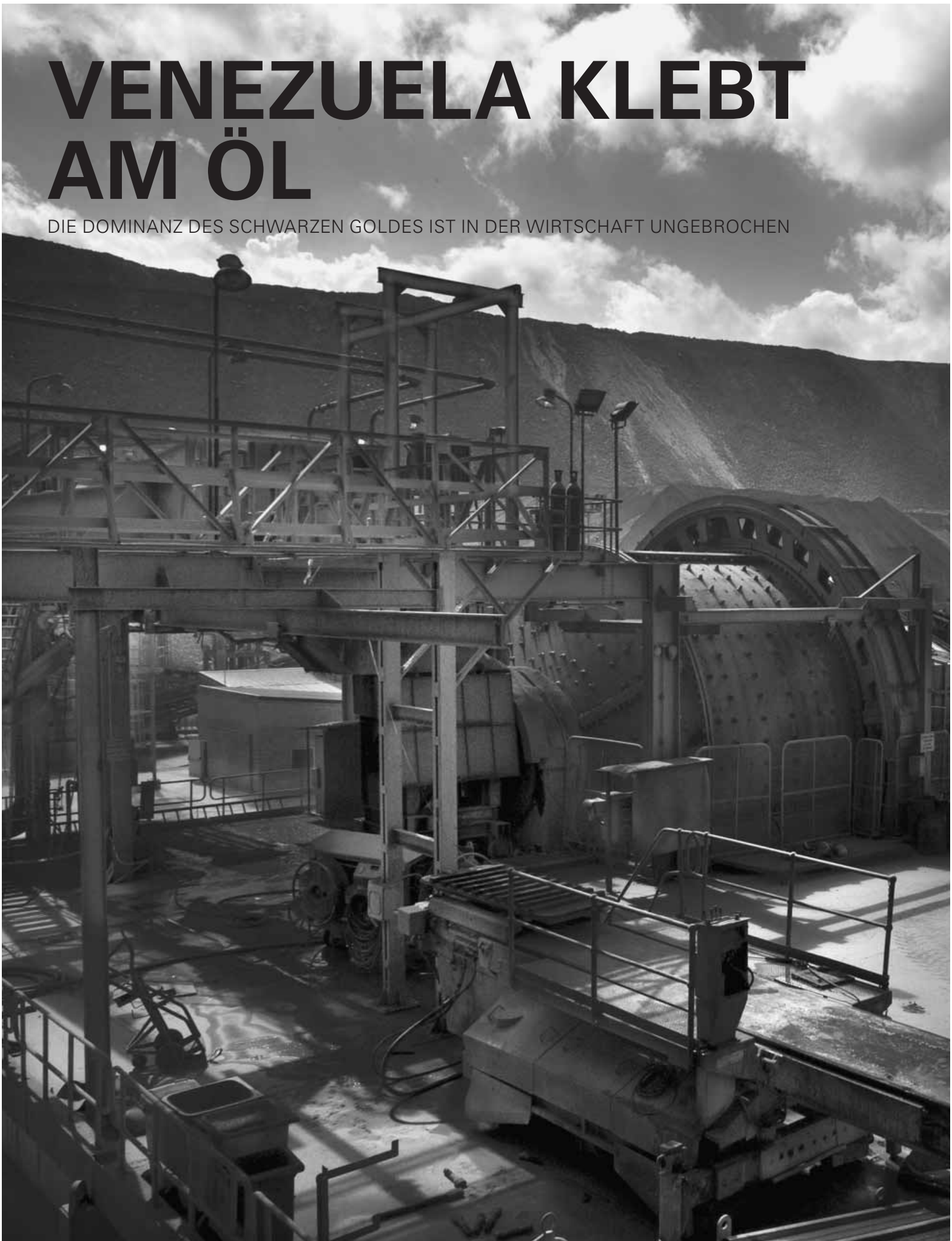
Lateinamerika übernimmt die Rolle des Rohstofflieferanten der Globalisierung. Seit der Kolonialzeit und über die Zeit der Republiken hinweg kehrt diese Funktion immer wieder in abgewandelter Form zurück. Geändert haben sich nur die Gründe, mit denen die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen gerechtfertigt werden. Während sich konservative oder neoliberale Regierungen auf alte Konzepte von der Rolle des Marktes und von ökonomischem Wachstum zur „Ausschüttung" von Gewinnen für die Gesellschaft beziehen, ist es für Linke schwieriger, den Extraktivismus zu

verteidigen, hatten sie diese Form der Rohstoffausbeutung doch unlängst noch kritisiert.
Die Regierungslinke hat jedoch einen grundlegenden Wandel durchgemacht. Sie hat mit dem Extraktivismus nicht gebrochen, sondern ihn reformiert, zur Erfüllung ihrer Wünsche nach Wirtschaftswachstum und Wählerbindung.
Es stimmt, dass die Regierung von Hugo Chávez in Venezuela oder Evo Morales in Bolivien sich deutlich von vorhergehenden Regierungen unterscheiden und dass sie vielfach Erfolge verzeichnen konnten, insbesondere im Kampf gegen die Armut. Man muss aber auch erwähnen, dass diese Fortschritte durch eine Erhöhung der Rohstoffexporte finanziert wurden und den hohen Weltmarktpreisen zu verdanken sind. Der Neue Extraktivismus der progressiven Regierungen geht in einigen Fällen mit einer verstärkten staatlichen Präsenz einher, beispielsweise durch nationale Erdölgesellschaften. Teilweise werden höhere Förderlizenzen oder Steuern verlangt, etwa auf Erdöl und Erdgas in Bolivien, Ecuador und Venezuela. Der Extraktivismus wird als unverzichtbar für die Finanzierung unterschiedlicher Sozialprogramme erklärt, wenngleich diese häufig nicht über monatliche Transferzahlungen hinausgehen. Zweifellos sind diese Hilfszahlungen für die ärmsten Teile der Bevölkerung unabdingbar. Soziale Gerechtigkeit darf sich jedoch nicht auf derartige Zahlungen beschränken.
Soziale Auswirkungen, wie die Umsiedlung von Gemeinden oder die Zerstörung regionaler Ökonomien, sowie ökologische Folgen, wie Entwaldung und Umweltverschmutzung, werden regelmäßig klein geredet oder abgestritten. Diese Situation macht den Ausbruch von sozialen Protesten gegen den Extraktivismus verständlich. Die Konfliktlagen bestehen in allen Teilen des Kontinents, von Patagonien bis zur Karibikküste von Guyana und Surinam und unter jedweder Regierung. Die Kontinuität der Ausbeutung von Natur und des ökonomischen Wachstums ist dermaßen deutlich, dass selbst linke Präsident_innen sich über soziale und ökologische Forderungen lustig machen, Anführer_innen der Proteste kritisieren, sie mit Prozessen verfolgen oder ihre Organisationen attackieren. Man solle den Reichtum der Natur des Kontinents nicht nur wie bisher ausbeuten, sagen sie, sondern diesen Trend sogar verstärken.
Der uralte Mythos von Eldorado wird wiederbelebt, einem Kontinent voll natürlicher Reichtümer, die praktisch unendlich seien und die Nachfrage nicht nur der eigenen Bevölkerung, sondern des gesamten Planeten befriedigen könnten. Ökologische Grenzen der Rohstoffausbeutung und des Tempos, mit dem sie durchgeführt wird, werden nicht respektiert. Selbst wenn Probleme eingestanden werden, wird behauptet, diese könnten technisch gelöst werden, beziehungsweise die wirtschaftlichen Gewinne würden die sozialen und ökologischen Schäden wettmachen. Die massenweise Förderung von Rohstoffen dient einem auf materiellem Wachstum basierenden Entwicklungsmodell, das wirtschaftlichen Wohlstand und steigenden Konsum in den urbanen Zentren Lateinamerikas generiert. In den Städten gibt es riesige Einkaufszentren und marginalisierte Bevölkerungsschichten konsumieren heute in vorher ungekanntem Ausmaß.
Vor diesem Hintergrund kommen in einigen Ländern Debatten über den Ausstieg aus der Abhängigkeit vom extraktivistischen Modell auf. Miteinbezogen wird darin der veränderte politische Kontext. In den Debatten kommt die Forderung auf, dass in der Suche nach Alternativen sowohl eine tiefgreifende Diskussion über Entwicklungskonzepte enthalten sein, als auch der politische Diskurs der progressiven Regierungen eine neue Richtung einschlagen muss, der bisher Extraktivismus als notwendig für die Armutsbekämpfung darstellt. In einem Transitionsprozess werden post-extraktivistische Strategien als Alternativen zum bisherigen Entwicklungsmodell angestrebt. Dringende Maßnahmen müssen umgesetzt werden, um die schwerwiegendsten Auswirkungen von Bergbau- und Erdölprojekten zu verhindern. Dazu gehören beispielsweise die Schließung besonders umweltschädlicher Förderstätten oder die Reform der Besteuerungsgrundlagen, um die Notwendigkeit neuer extraktivistischer Investitionen auszuschließen. Weiterhin ist eine ausgewogene territoriale Nutzung notwendig, sowie die Sichtbarmachung der ökonomischen Kosten von sozialen und ökologischen Schäden. Ökologische und ökonomische, soziale und politische Maßnahmen werden miteinander verknüpft, um die Fokussierung auf den Extraktivismus zu entschärfen und tiefgreifende Veränderungen zu ermöglichen. Akute Maßnahmen müssen dabei mit langfristigen Projekten verbunden werden, um den Ausstieg aus dem gegenwärtigen Fortschrittsmodell zu erreichen.

// Eduardo Gudynas
Übersetzung: Sebastian Henning

VENEZUELA KLEBT AM ÖL

DIE DOMINANZ DES SCHWARZEN GOLDES IST IN DER WIRTSCHAFT UNGEBROCHEN



Venezuelas Präsident Hugo Chávez schmiedet weiter langfristige Pläne: Im Oktober 2012 stellt er sich zur Wiederwahl und bis zum Jahr 2019 soll die Ölförderung in Venezuela verdoppelt werden. Damit gerät sein zu Amtsbeginn im Jahr 1999 ausgegebenes Vorhaben, die Wirtschaft zu diversifizieren und die Ölabhängigkeit sukzessiv abzubauen, weiter in den Hintergrund.

It's the oil price, stupid! Auf die Entwicklung des Ölpreises könnte sich Venezuelas Präsident Hugo Chávez berufen, wenn er begründen müsste, warum Venezuelas Wirtschaft allen Diversifizierungsbemühungen zum Trotz immer noch extrem vom Schwarzen Gold abhängt. Ölexporte machen nach wie vor rund 90 Prozent der Exporterlöse des Mitglieds der Organisation Erdölexportierender Länder (OPEC) aus, die Öl- und Gasindustrie ist für etwa ein Viertel des Bruttoinlandsprodukts verantwortlich und trägt rund die Hälfte zu den Staatseinnahmen bei.

Als Chávez im zweiten Halbjahr 1998 seine erste Wahl gewann, dümpelte der Ölpreis im Zuge der Asienkrise bei rund zehn US-Dollar pro Barrel (Ein Barrel sind 159 Liter). Kein Wunder, dass Chávez schon zu Beginn seiner Amtszeit 1999 verkündete, dass er neben der Neuordnung der Ölgesellschaft PdVSA auch Landwirtschaft, Industrie und Tourismus neu ausrichten werde, um dem Auf und Ab des Ölpreises mit all seinen Konsequenzen für die venezolanische Konjunktur weniger ausgeliefert zu sein.

Doch so tief wie im Jahr 1998 steht der Ölpreis schon lange nicht mehr: Der Trend geht eindeutig nach oben. Dafür sorgt zum einen die generelle Begrenztheit der Vorkommen, die im so genannten Peak Oil kulminieren, dem Punkt an dem das Globale Ölfördermaximum erreicht ist, bevor es unweigerlich nach unten geht. Dieser Punkt ist nicht exakt wissenschaftlich bestimmbar, auch weil immer wieder neue Ölvorkommen entdeckt werden, die meist jedoch aufwändiger Fördermethoden bedürfen. Die Produktion eines Fasses Rohöls auf neu erschlossenen Feldern kostet im weltweiten Durchschnitt zwischen 50 und 80 US-Dollar – bei den alten Feldern im saudischen Wüstensand liegen sie bei zwei bis drei US-Dollar.

Hinzu kommen politische Faktoren, wobei vor allem Krisen die Preise beeinflussen. Letztes Jahr

war es insbesondere der Bürgerkrieg in Libyen, derzeit sind es die israelischen Drohungen mit einem Militärschlag gegen den Iran, die für Unruhe sorgen und zudem Spekulant_innen auf den Plan rufen. Ein Barrel der Nordseesorte Brent zur Auslieferung im Oktober kostete am 27. August 114,82 US-Dollar. Die Preise steigen, obwohl wegen der schwächelnden Weltkonjunktur und damit einhergehender sinkender Gesamtnachfrage eigentlich ein Preisrückgang zu erwarten wäre. Vom Rekordhoch von 147,50 US-Dollar im Sommer 2008 sind die Preise zwar noch weit entfernt, doch sie sind hoch genug, um den Druck auf Venezuela zu mildern. Die mühseligen Diversifizierungsversuche drohen so einmal mehr auf die lange Bank geschoben zu werden.

Wie stark Venezuelas Wirtschaftsentwicklung mit dem Ölpreis verbunden ist, lässt sich in den Jahren seit der Pleite der Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 nachzeichnen. Der globale Wirtschaftseinbruch in den beiden Folgejahren ging mit sinkenden Ölpreisen einher, die zwischenzeitlich lediglich 30 bis 40 US-Dollar pro Barrel betrugen und bescherten Venezuela eine kräftige Rezession von 3,2 Prozent im Jahr 2009 und 1,5 Prozent im Folgejahr. Erst nachdem der Ölpreis wieder stieg, erholte sich auch die venezolanische Wirtschaft und verzeichnete im Jahr 2011 wieder ein Wachstum von 4,2 Prozent, dass dieses Jahr vermutlich sogar übertroffen wird.

Das grundlegende Problem Venezuelas ist die sogenannte Holländische Krankheit. In den Niederlanden wurde in den 1960er Jahren nach dem überraschenden Fund reichhaltiger Erdgasvorkommen zum ersten Mal festgestellt, dass sich Rohstoffreichtum in einen Fluch verwandeln kann. Der Zufluss von reichlich US-Dollar aus dem Rohstoffexport führt zu einer Aufwertung der eigenen Währung. Der angenehme Aspekt daran ist, dass sich die Importkapazität des Landes erhöht, sprich sich das Land mehr Güterimporte leisten kann. Der negative und schwer wiegende Nachteil besteht darin, dass einheimische Produzent_innen an Wettbewerbsfähigkeit verlieren, sowohl gegenüber Importeuren als auch auf dem Weltmarkt, sofern es sich um Unternehmen handelt, die etwas anderes als Rohstoffe exportieren. Der Verlust an Arbeitsplätzen in jenen Sektoren ist fast unumgänglich. Die ganze Volkswirtschaft bekommt so mehr und mehr Schlagseite in Richtung des dominanten Rohstoffsektors, in Venezuela dem petrochemischen Sektor.

In Venezuela hat die Holländische Krankheit unter anderem die einheimische Landwirtschaft befallen. Das Land ist seit Jahrzehnten auf beträchtliche Nahrungsmittelimporte angewiesen, obwohl es potenziell an geeigneten Agrarflächen nicht fehlt. So ist Venezuela das einzige südamerikanische Land mit einer negativen Agrarbilanz. Im Jahr 2010 standen Agrarexporten von 59 Millionen US-Dollar rund 5 Milliarden US-Dollar Importe gegenüber, belegen die Zahlen der Lateinamerikanischen Integrationsvereinigung ALADI. Egal ob Fleisch, Milch, Getreide, Fette oder Öle: Venezuela ist Nettoimporteur. Laut dem venezolanischen Statistikamt INE sind in den vergangenen 13 Jahren die Nahrungsmittelimporte um 230 Prozent gestiegen und haben sich damit mehr als verdreifacht.

Dabei war die Regierung Chávez nicht untätig. Schon im Jahr 2001 wurde mit einem Landgesetz der Weg für eine Agrarreform geebnet. Das Nationale Landinstitut INTI verteilte in den Jahren 2003 und 2004 insgesamt 2,3 Millionen Hektar brachliegendes Staatsland an Kooperativen, danach wurden noch über 100.000 landlose Familien mit enteignetem ungenutztem Privatland ausgestattet. Mit dem Plan Zamora greift die Regierung seit dem Jahr 2003 Kleinbauern und -bäuerinnen mit Krediten, Bildungsangeboten, Investitionen in Vertriebswege, Häuserbau, Wasser und Infrastruktur unter die Arme. All dies hat zwar die nationale Produktion bei Agrargütern nach Angaben der Regierung von 1999 bis 2011 um 44 Prozent nach oben getrieben, doch noch kräftiger wuchs die Kaufkraft und dementsprechend der Konsum der ärmeren Bevölkerungsschichten. Venezuela muss so immer noch rund 70 Prozent seiner Lebensmittel einführen.

Mit den Währungsabwertungen in den Jahren 2010 und 2011 hat sich die Konkurrenzfähigkeit der heimischen Landwirtschaft und Industrie zwar wieder verbessert, jedoch nicht in einem Maße, das die vorangegangene jahrelange Überbewertung kompensiert. Der Wechselkurs war bis 2010 bei 2,15 Bolívar pro US-Dollar festgezurrt und das, obwohl Venezuela hohe Inflationsraten von weit über 20 Prozent verzeichnete und damit weit höhere als die USA mit der Referenzwährung. Nur mittels Dollarverkäufen und Devisenkontrollen der Zentralbank konnte der Bolívar mehr schlecht als recht auf diesem Ni-

veau gehalten werden. Im Jahr 2010 wurde die Währung auf 4,3 Bolívar pro US-Dollar abgewertet. Zum Jahresbeginn 2011 schaffte die Chávez-Administration dann noch den Vorzugswechselkurs von 2,6 Bolívar je US-Dollar ab. Damit wurde bis dato der Import von Lebensmitteln und Medikamenten sowie bestimmten Investitionsgütern wie Maschinen subventioniert. Auch hier gilt seitdem der offizielle Wechselkurs von 4,3 Bolívar pro US-Dollar.

Der Holländischen Krankheit und der Überbewertung könnte durch eine gezielte Strategie der Unterbewertung seitens der venezolanischen Zentralbank begegnet werden. Dafür müssten die Devisenzuflüsse in ihrer Wirkung auf die heimische Geldmenge und Währung so weit wie möglich sterilisiert werden, indem sie in einen Zukunftsfonds fließen und dort langfristig angelegt werden. Ein solches Modell praktiziert Norwegen mit beachtlichem Erfolg. Im dortigen Ölfonds werden seit dem Jahr 1990 die enormen Erträge aus dem Ölexport angelegt. Dies geschieht ausschließlich auf ausländischen Märkten, um ein Überhitzen der inländischen Wirtschaft und einer Aufwertung der Norwegischen Krone entgegenzuwirken.

Angesichts der enormen sozialen Schuld, die in Venezuela über die vergangenen Jahrzehnte akkumuliert wurde, ist ein solches Modell in Venezuela wohl schwer politisch durchsetzbar. Chávez nützt die Öleinnahmen schließlich bisher dazu, Sozialprogramme durchzuführen. Die Ölgesellschaft PdVSA fungiert seit dem Jahr 2003 auch als eine Art Sozialministerium, die aus dem eigenen Haushalt Sozialprogramme wie die *misiones* finanziert – die unter anderem von Bildung (*misión Robinson* und *misión Ribas*) über Gesundheit (*misión barrio adentro*) bis hin zur Versorgung mit subventionierten Lebensmitteln (*misión mercal*) reichen. Im Jahr 2011 flossen fast 40 Milliarden US-Dollar in Sozialprogramme und Sonderfonds des Präsidenten.

Die Öldollar gleichzeitig aufzuschatzen und auszugeben, geht logischerweise nicht. Venezuela wäre entwicklungsökonomisch allerdings gut beraten, künftig zumindest einen Teil der Öleinnahmen langfristig anzulegen, um auf Sicht einen nachhaltigen Umbau der Wirtschaft mit einer Stärkung des Binnensektors zu erreichen. Dazu bedarf es neben der Unterbewertungsstrategie einer selektiven Protektion, bei der die Zollsätze mit dem Verarbeitungsgrad ansteigen. Damit könnte Venezuela das erreichen, was bisher verfehlt wurde: eine breitere Produktpalette der heimischen Wirtschaft und eine konkurrenzfähige Binnenmarktentwicklung. Die Weichen in diese Richtung müssen indes noch gestellt werden. Chávez Ankündigung vor wenigen Wochen, bis zum Jahr 2019 die Ölförderung in Venezuela verdoppeln zu wollen, spricht nicht für eine schnelle, fundierte Kursänderung.

// Martin Ling

DIE PACHA MAMA MELKEN

DIE FRÜHERE BASIS VON EVO MORALES VERLIERT DAS VERTRAUEN, DASS DESSEN KABINETT WIRKLICH AN EINEM STRUKTURELLEN WANDEL INTERESSIERT IST

Boliviens Regierung trat mit dem Versprechen an, ein neues Wirtschaftsmodell einzuführen, das sich an den Bedürfnissen von Mensch und Umwelt orientiert. In der Praxis entpuppt sich die Regierungspolitik aber als Neo-Extraktivismus, der sich von den Wirtschaftsmodellen früherer Regierungen des Landes nur wenig unterscheidet.

„TIPNIS ist das schwarze Loch der Regierung", urteilt Raúl Prada in einem Beitrag für die Internetseite bolpress.com. Der ehemalige Vizeminister für strategische Planung gehört seit Mitte 2010 zu den linken Kritiker_innen des bolivianischen Präsidenten Evo Morales. Mit dem „schwarzen Loch" meint er, dass der Konflikt um das indigene Territorium und Naturschutzgebiet Isiboro-Securé (TIPNIS) droht, jedes Prestige der Regierung und ihren Anspruch, die indigene Bevölkerungsmehrheit des Landes zu repräsentieren, zu schlucken: „Der Konflikt um TIPNIS hat der Regierung alles abverlangt."

Die Regierung wollte im vergangenen Jahr bereits eine Überlandstraße durch das per Gesetz „unantastbare" Schutzgebiet bauen lassen, was aber enorme Proteste provozierte (siehe zum Beispiel LN 449, 450 und 456). Die Demonstrationen gingen von Gruppen aus, die einst zu den wichtigsten Verbündeten der Regierungspartei Bewegung zum Sozialismus (MAS) zählten und erzwangen einen vorläufigen Baustopp. Derzeit läuft eine Volksbefragung zum Straßenbauprojekt, die bis zum 10. September abgeschlossen sein soll. „Der Kampf um den Erhalt des TIPNIS ist ein Kampf um die Fortsetzung des Prozesses", schreibt Prada weiter. Er meint den Prozess des Wandels in Bolivien, für den die Regierung Morales einst stand.

Auf der Internetseite bolpress.com häufen sich derartige kritische Aussagen über die Regierung. Auf diesem Forum publizieren einflussreiche Aktivist_innen, Sozialwissenschaftler_innen und Politiker_innen Analysen und Meinungsartikel zur aktuellen politischen Situation in Bolivien. Zahlreiche wichtige Diskussionen gingen von diesem Medium aus. Früher galt die Seite als ausgesprochen MAS-nah, doch dieses Verhältnis hat sich nun gewandelt.

Sehr viele Vertreter_innen von indigenen und anderen sozialen Bewegungen beklagen, dass die MAS den historischen Prozess des Wandels in Bolivien verraten hätte. Deutliche Worte findet der Aymara-Aktivist und Soziologe Pablo Mamani Ramírez. Unter Evo Morales habe sich der „Präsidentenpalast in eine Festung der indigenen Aufstandsbekämpfung verwandelt. [...] Die Träume hunderter Männer und Frauen auf einen besseren Tag wurden verraten", schrieb er in einem Beitrag für das Internet-Portal.

Der bessere Tag, auf den so viele indigene Bewegungen gehofft hatten, sollte zu einem „erfüllten Leben" führen. Das Konzept des „erfüllten" oder „guten Lebens" (*buen vivir*) ist die zentrale Forderung der indigenen Bewegungen – und der Regierung. Es soll eine Alternative zu klassischen Entwicklungsmodellen bieten. Was das *buen vivir* genau bedeutet, ist nicht klar. Einfacher lässt sich sagen, was es nicht sein soll: Die Unterordnung von Politik und Wirtschaft unter Profitstreben und den Maßgaben kapitalistischer Wertschöpfung. Konkret sollte sich diese neue Wirtschaftsweise nicht zuletzt in der Abkehr vom Extraktivismus äußern. Seit der Kolonialzeit ist Boliviens Wirtschaft auf die Ausbeutung von Bodenschätzen ausgerichtet, alle negativen Folgen für Menschen und Umwelt wurden dem Bergbau untergeordnet. In den Diskussionen zum *buen vivir* wird dagegen der Respekt vor Pacha Mama, der Mutter Erde, betont und gefordert.

Doch genau diese Ideen, so sagen linken Kritiker_innen, verfolge die Regierung nicht mehr. Ihre Aussagen zum *buen vivir* und zum Respekt vor Pacha Mama seien nurmehr Lippenbekenntnisse. Die meisten großen Regierungsprojekte seien zu sehr im alten Entwicklungsdenken verhaftet. Diese Kri-

▲ **Dieses und folgende Fotos** Minenarbeiter in Potosí, Bolivien

tik ist leicht nachvollziehbar. Ob es der geplante Abbau von Lithium ist, aus dem Batterien für Elektorautos gebaut werden sollen, oder diverse Staudammprojekte im Amazonasgebiet oder die weitere Erschließung von Erdöl- und Gasquellen: Die großen Wirtschaftspläne der Regierung setzen vor allem auf den Abbau von Ressourcen, den Ausbau von Infrastruktur und Industrialisierung.

Großen Einfluss auf die Wirtschaftspolitik Boliviens hat das Komitee zur Verteidigung des Nationalen Erbes (CODEPANAL), das dem staatlichen Erdölkonzern YPFB nahe steht. Es setzt überwiegend auf konventionelles Wirtschaftswachstum. Doch dieses soll vom Staat ausgehen. Die „progressive Ausweisung transnationaler Erdöl-, Erdgas- und Bergbauunternehmen" und ihre Ersetzung durch „eigene staatliche Unternehmen" steht an erster Stelle in der Liste der Ziele von CODEPANAL. Diese antiimperialistisch orientierte Verstaatlichungspolitik soll erreichen, dass die Gewinne aus dem Geschäft im Land bleiben und der Bevölkerung zu Gute kommen.

In der Tat hat die Regierung die Einnahmen aus dem verhältnismäßig guten Wirtschaftswachstum der letzten Jahre in zahlreiche Sozialprogramme investiert, die nach brasilianischen Vorbild eingeführt wurden. Ein Beipiel dafür sind Beihilfen für arme Familien mit Kindern (etwa der Bono Juancinto Pinto). Zahlreiche arme indigene Gemeinden auf dem Land haben dank staatlicher Investitionen erstmals Zugang zu sauberen Trinkwasser erhalten. Derartige Hilfsprogramme erklären die nach wie vor hohe Popularität der Regierung Morales in vielen indigenen Landgemeinden.

Einige, wie der Soziologe Mamani, kritisieren aber gerade diese Hilfsprogramme: Hilfen kämen vor allem den Gemeinden zugute, die sich gut mit der Regierung stellen. So werde die indigene Bewegung Boliviens gespalten. Er sieht den Grund für den sich abzeichnenden Erfolg der Regierung bei der Volksabstimmung über das TIPNIS weniger in der Zustimmung der dortigen Bevölkerung für das Straßenprojekt. Vielmehr seien es die Geschenke seitens der Regierung, die die Bevölkerung auf Regierungslinie bringen.

Ob die Hilfsprogramme wirklich eine Art Beste-

chung der indigenen Gemeinden darstellen, mag umstritten sein. Sie bieten der Regierung jedoch ohne Zweifel die Möglichkeit, für mehr Akzeptanz für die Entwicklungsprojekte zu werben. Exemplarisch zeigt dies eine Rede von Evo Morales, vom August 2011: „Wenn wir Straßen bauen wollen, sind einige Brüder dagegen. Wenn wir als Regierung mehr Erdgas oder Erdöl fördern wollen, dass die Pacha Mama uns gibt, wollen das auch einige Brüder nicht. Wenn wir Wasserkraftwerke bauen wollen, sind einige Brüder dagegen. Wovon soll Bolivien denn leben?"

So verweist die Regierung auch im Konflikt um die Straße durch das TIPNIS auf den vermeintlichen Nutzen für die Bevölkerung. Über die Straße bekämen die indigenen Gemeinden in dem Gebiet besseren Zugang zum Gesundheits- und Bildungswesen. Kritiker_innen sehen dagegen den Bau der Straße als ersten Schritt zu Erschließung weiterer Erdgasquellen im Naturschutzgebiet. Sie befürchten, dass auf der Straße weniger Schulbusse und Krankenwagen fahren werden als Lastwagen, die Tropenhölzer und Kokablätter von illegal gerodeten Flächen aus dem fragilen Regenwaldgebiet abtransportieren. Die Kritiker_innen der Regierung hinterfragen grundsätzlich, ob Erdölförderung und Industrialisierung überhaupt mit den Interessen der Bevölkerung und der Natur in Einklang zu bringen ist.

Doch Industrialisierung ist das erklärte Ziel der regierungsnahen CODEPANAL. Im vergangenen Oktober publizierte die Organisation einen Entwicklungsplan für die Zeit von 2011 bis 2021. Ziel ist, die Energieproduktion Boliviens zu vervielfachen. Dafür sollen Wasserkraftwerke gebaut werden, was im Regenwaldgebiet Madidi im Nordosten des Landes geplant ist. Dies sei eine „Mindestanforderung, um aus der Dritten Welt in die industrialisierte Zweite Welt aufzusteigen", wie es im Text von CODEPANAL heißt. Das *buen vivir* fordert eigentlich die Abkehr von derartigen Hierarchisierungen in „Dritte" und „Zweite" Welt, die eine „nachholende Entwicklung" implizieren. In den Debatten um das *buen vivir* geht es eigentlich darum, ob angesichts der Klimaerwärmung Pacha Mama nicht besser gedient wäre, wenn man ihr Gas und Öl da lässt, wo es ist, und ihre Flüsse nicht anstaut.

Diese Ignoranz bemängeln immer mehr soziale Aktivist_innen an der Regierung. Zudem stellt sich die Frage, wie neu der Neo-Extraktivismus eigentlich ist. Das Dekret zur Nationalisierung des Erdöls von 2006 trägt den Namen „Helden des Chaco". Schon der Name erinnert an den Einzug der Erdölkonzessionen des US-Unternehens Standard Oil im Jahr 1937, eine direkte Folge des Chaco-Kriegs (1932-1935). Bereits die damaligen Regierungen des sogenannten „militärischen Sozialismus" versuchten, die Einnahmen aus der Erdölförderung der armen Bevölkerungsmehrheit zugute kommen zu lassen. Ein ähnliches Muster verfolgte die Verstaatlichung der Zinnminen im Jahr 1952. Doch eine staatliche Kontrolle des Extraktivismus bedeutet nicht, dass weniger Umweltschäden entstehen.

So schreibt Rebecca Hollender von der Sozial- und Umweltorganisation Klimawandel und Gerechtigkeit (ccjusticia) auf bolpress.com, dass die aktuelle Ressourcenpolitik Boliviens ein direktes Hindernis auf dem Weg zum buen vivir darstelle: „Das neoextraktivistische Modell ist nur ein geringer Fortschritt gegenüber dem, was vorher herrschte: Das klassische extraktivistische Modell, das seit 500 Jahren eine Schneise der Zerstörung durch Umwelt und Gesellschaften in Lateinamerika gezogen und die Länder ökonomisch vom Export von Rohstoffen abhängig gemacht hat."

Doch solcher Kritik am Neo-Extraktivismus sprechen Regierungsvertreter_innen jegliche Legitimation ab. Der Soziologe Eduardo Paz Rada unterstellt seinerseits Kritiker_innen der Entwicklungspolitik, den revolutionären Wandel im Land zu verraten. In einem Artikel mit dem Titel „Ein falsches Dilemma: Neo-Extraktivismus gegen Umweltschutz", der auch auf bolpress.com erschien, schreibt er, dass sich multinationale Unternehmen und Umweltorganisationen miteinander verschworen hätten: „Beide Pole sind Teil der imperialistischen Strategie, die wichtigsten Ressourcen des Planeten zu kontrollieren."

So scheinen sich soziale Bewegungen und Regierung in Bolivien deutlich entzweit zu haben. Doch trotz dieser Konflikte, schreibt Pablo Mamani Ramirez in seinem Artikel, sei der Prozess des Wandels in Bolivien noch nicht tot: „Wenn man meinen Artikel liest, könnte man das glauben." Der Prozess müsse nur wieder von den sozialen und indigenen Organisationen ausgehen, und er glaubt, dass dies auch geschehe: „Die Bevölkerung hat sich erhoben und ist nicht bereit, sich wieder niederzuknien." Auch nicht vor einer sich indigen gebenden Regierung.

// Thilo F. Papacek

WIDERSPRÜCHLICHE BILANZ

ECUADORS REGIERUNG SETZT AUF INTENSIVIERUNG DES EXTRAKTIVISMUS MIT HÖHEREN SOZIALAUSGABEN

Ecuadors Plan Nacional para el Buen Vivir, der Entwicklungsplan 2009-2013, setzte sich zwei große Ziele: Die Rückkehr des Staates als Instanz der Umverteilung und den Übergang zu einem neuen Wirtschaftsmodell. Die Ergebnisse sind ambivalent.

René Ramirez, früherer Planungsminister, schrieb im Jahr 2010 im Hinblick auf Ecuadors Entwicklungsstrategie, dass „das größte Alleinstellungsmerkmal Ecuadors seine Biodiversität ist, und sein größter Wettbewerbsvorteil darin liegt, sie durch ihren Erhalt und den Aufbau von Bio- und Nanotechnologie zu nutzen." Der derzeit gültige Entwicklungsplan 2009-2013 sieht als Hauptziele eine umverteilende Politik und den Umbau der Wirtschaft zu einem neuen Modell vor.

Wie weit ist dieser Umbau heute, im sechsten Jahr der Regierung von Präsident Rafael Correa, gediehen? Die Förderung und der Export von Öl haben heute wirtschaftlich dasselbe Gewicht wie in der Ära des Erdölbooms der 1970er Jahre. Der Staatshaushalt ist in hohem Maße von diesem Wirtschaftszweig abhängig. 2010 machten Rohstoffe mit etwa 77 Prozent immer noch über drei Viertel des Exportvolumens aus, gegenüber lediglich 23 Prozent exportierter Produkte aus der verarbeitenden Industrie. Tourismus, Dienstleistungen und Landwirtschaft befinden sich, anstatt zu expandieren, eher in einer leichten Rezession. Die Agrarpolitik setzt auf industrielle Produktion für den Export oder für Supermarktketten, und

benachteiligt die Kleinbauern und -bäuerinnen.
Anstatt ein neues Wirtschaftsmodell zu entwickeln, weitet die Regierung das alte Akkumulationsmodell aus. Obwohl Ecuador kein Land ist, in dem Bergbau traditionell eine relevante Rolle gespielt hätte, setzt die Regierung Correa nun auf industriellen Tagebau als weitere Einkommensquelle für den Staat. So unterschrieb er Anfang März 2012 den ersten großen Vertrag mit einem kanadisch-chinesischen Konzern. Regierungsmedien wie *El Telegrafo* feierten den Beginn der Ära des „verantwortlichen Tagebaus", in dem der Staat eine größere Kontrolle über die Branche ausübe.
Bergbauexperten wie William Sacher oder Alberto Acosta bezweifeln jedoch, dass es einen verantwortlichen Tagebau geben kann. Die Erfahrungen aus ähnlichen Projekten in Lateinamerika sprechen jedenfalls dagegen. Es erscheint fraglich, ob die Regierung eines kleinen Staates wie Ecuador die konkrete Praxis transnationaler Bergbau-Konzerne in Bezug auf Umwelt- und Sozialstandards effektiv kontrollieren kann. Diese wechseln nämlich innerhalb eines hochdynamischen und -spekulativen Markts extrem häufig ihren Sitz und damit ihre Rechtsform, und sind deshalb juristisch kaum haftbar zu machen. So bleibt die Verantwortung für die entstandenen Schäden an der Umwelt und der lokalen Bevölkerung, die nach 25 bis 30 Jahren Tagebau ihre Subsistenzgrundlage verloren haben wird, bei der ecuadorianischen Regierung. Dies macht die Rentabilität des Tagebaus auf lange Sicht zweifelhaft.
Vierzehn weitere Tagebau-Großprojekte stehen auf der Prioritätenliste von Ressourcenminister Wilson Pastor, vier davon sind bereits fortgeschritten. Ebenso vorgesehen ist die Ausweitung der Ölförderung auf den Südosten des ecuadorianischen Amazonasgebiets, der einzigen relativ intakten Regenwaldfläche des Landes außerhalb des Yasuní Nationalparks. Wird dies umgesetzt, würde das statt der Umwandlung des extraktiven Akkumulationsmodells seine Intensivierung und flächenmäßige Ausweitung bedeuten, mit dem entsprechenden Verlust an Biodiversität und an Möglichkeiten für einen nachhaltigen Tourismus als alternative Einnahmequelle. Die Überwindung des Extraktivismus wird innerhalb der politisch recht heterogenen Regierung heute tatsächlich nur noch von einer Minderheitenströmung politisch gewollt. Präsident Correa, die einzige Figur, die diese von links bis rechts reichenden Strömungen zusammenhalten kann, sagte in einer Bilanz der ersten fünf Jahre „Bürgerrevolution": „Im Grunde machen wir innerhalb desselben Akkumulationsmodells die Dinge einfach nur besser, denn es ist nicht unser Wunsch, den Reichen zu schaden; aber wir haben die Absicht, eine gerechtere und gleichberechtigtere Gesellschaft zu schaffen." Immer wieder betont der Staatschef, dass es unverantwortlich wäre, „wie Bettler auf einem Sack Gold zu sitzen", indem man Ölfelder oder Kupfervorkommen nicht ausbeute, und bezeichnet die Gegner des Extraktivismus als „infantil", „fundamentalistisch" oder gar als „Steinzeitmenschen".
Die in der Verfassung verankerten Rechte der

VISIONÄRE IDEE MIT HOLPRIGER UMSETZUNG

Die Idee hat das Potential, die Logik des Extraktivismus grundlegend in Frage zu stellen: Im Nationalpark Yasuní im ecuadorianischen Amazonastiefland lagern in den drei Ölfeldern Ishpingo, Tiputini und Tambococha 846 Millionen Barrel (1 Barrel = 159 Liter) Erdöl – etwa 20 Prozent der gesamten Reserven des Landes. Auf Vorschlag des früheren Erdölministers Alberto Acosta will Ecuador das Erdöl im Boden lassen, sofern von internationaler Seite 3,6 Milliarden US-Dollar aufgebracht werden. Dies entspricht der Hälfte der erwarteten Einnahmen, würde Ecuador das Öl fördern. Das Geld soll nicht in die Staatskasse, sondern in einen Treuhandfonds fließen, welcher der Organisation der Vereinten Nationen (UNO) unterstellt ist und aus dem unter anderem alternative Energien und Aufforstungsprojekte gefördert werden sollen. Bliebe das Öl wirklich unter der Erde, hätte das positive Auswirkungen für die in dem Gebiet lebenden Indigenen, die Erhaltung der Biodiversität der Region und das Klima. International hat die Yasuní-ITT-Initiative viel Lob erfahren, das finanzielle Engagement potentieller Geber_innen fällt jedoch bescheiden aus. Laut offiziellen Angaben hat Ecuador sein Ziel, bis Ende 2011 100 Millionen US-Dollar einzusammeln, zwar erreicht. In den UN-Treuhandfonds wurden bisher allerdings erst weni-

Natur, ebenfalls Teil der visionären Konzepte, mit denen Ecuador seit Rafael Correa international bekannt geworden war, erfahren eine recht dürftige und höchst widersprüchliche Umsetzung. Zwar sind, wie in allen anderen Bereichen des Staates auch, die Mittel für den Umweltschutz aufgestockt worden, doch funktioniert das größte Waldschutzprogramm Socio Bosque in sehr konventionellen Bahnen. Es bietet Waldbesitzer_innen Kompensationszahlungen gegen vermiedene Entwaldung, ganz in der Logik des grünen Kapitalismus und der Merkantisilierung der Natur, gegen die Correa sich erst kürzlich im Rahmen von Río +20 ausgesprochen hatte. Auch der Erhalt des Yasuní-Nationalparks ist inzwischen weitgehend ein REDD+-Projekt (siehe Kasten).

Deutlichere Erfolge als in der Überwindung des Extraktivismus wurden bezüglich der umverteilenden Rolle des Staates erzielt. Die durch neue Konditionen in der Ölförderung, aber auch durch die hohen Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt erzielten Einnahmen werden in einer Kombination neoliberaler und sozialdemokratischer Instrumente unter die Leute gebracht: Zum einen handelt es sich um an die Ärmsten gerichtete, konditionierte Transferleistungen (der bono de desarrollo humano beträgt beispielsweise 36 US-Dollar pro Monat), die eine Fortsetzung neoliberaler Abfederungsmaßnahmen bedeuten, allerdings in größerem Maßstab. Zum anderen werden aber auch klassisch sozialdemokratische Politiken umgesetzt, wie die Einführung progressiver Steuern und die Erhöhung der Sozialausgaben mit dem universalistischen Anspruch, kostenlose Gesundheitsversorgung und Bildung für alle verfügbar zu machen.

Doch wenn auch in der Sozialpolitik ein Wille zu mehr Gleichheit zu erkennen ist, wirft der Umgang der Regierung mit den teils heftigen Konflikten, die sowohl die Vertiefung des Extraktivismus als auch der Bau von großen Wasserkraftwerken nach sich ziehen, ernsthafte Zweifel an ihrem Willen auf, auch mehr Freiheit für die ecuadorianische Bevölkerung zuzulassen.

Ein im ersten Halbjahr 2012 von Amnesty International veröffentlichter Bericht wirft der Regierung Correa die systematische Kriminalisierung des Rechts auf Protest vor. Die Organisation kritisiert, dass Strafrechtsparagraphen zu extrem interpretierbaren Delikten wie "Terrorismus" und "Sabotage" angewendet werden, die während der Militärdiktatur der 1970er Jahre eingeführt wurden. Zehn Personen sitzen aufgrund von Verurteilungen wegen Terrorismus oder Sabotage bereits Haftstrafen von bis zu 8 Jahren ab, einige sind abgetaucht, und gegen etwa 210 weitere Menschen wird derzeit noch ermittelt. Auch wenn viele dieser Ermittlungsverfahren aus Mangel an Beweisen letztlich eingestellt werden, wirken sie doch einschüchternd und verhindern durch den damit verbundenen hohen Zeit- und Geldaufwand, dass indigene und ländliche Aktivist_innen ihr demokratisches Recht auf Protest wahrnehmen können. Darüber hinaus bemängelt Amnesty, dass Protestierende in aufwendigen Werbekampagnen von der Regierung als undemokratische Destabilisierer und Putschisten diffamiert werden, wie es

---

ge Millionen eingezahlt. Der Rest besteht etwa aus einem Schuldenerlass über 50 Millionen US-Dollar seitens Italien sowie einem Beitrag Deutschlands von gut 45 Millionen US-Dollar (35 Millionen Euro), der aber ausdrücklich nicht für den Fonds vorgesehen ist. Denn die deutsche Bundesregierung torpediert die ursprüngliche Ausrichtung des Projektes. Während der Bundestag der Yasuní-Initiative im Jahr 2008 die Unterstützung zugesichert hat, lehnt der aktuelle Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dirk Niebel, eine Beteiligung an dem UN-Treuhandfonds vehement ab. Er setzt stattdessen darauf, den Yasuní-Nationalpark durch klassische Projekte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit und den auf Marktmechanismen basierenden Emissionshandel REDD (Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degregation) zu schützen. Niebel will nicht für das „Unterlassen" einer Handlung bezahlen und spricht offen davon, einen „Präzedenzfall" verhindern zu wollen. Genau diesen wollen die Befürworter_innen des Projektes jedoch schaffen. Die Idee ließe sich potentiell auch auf geplante Bergbau-Projekte anwenden, die als besonders schädlich eingestuft werden.

// Tobias Lambert

---

anlässlich einer großen Demonstration im März 2012 geschehen war (siehe LN 455).
Amnesty International konstatiert weiter: „Der Staat hat das Recht auf Vorabbefragung [der indigenen Gruppen] systematisch missachtet und den Gemeinden wenig andere Auswege als den Protest gelassen". Analysiert werden vor allem die Verabschiedung des umstrittenen Bergbaugesetzes 2009 und die versuchte Verabschiedung des Wassergesetzes 2010, die beide zu indigenen Aufständen und Demonstrationen, Dutzenden schwer Verletzten und einem Toten führten.
In diesem Zusammenhang hat die indigene Bewegung vor kurzem einen international bedeutsamen Erfolg errungen: Nach zehn Jahren Widerstand verurteilte am 23. Juni der interamerikanische Menschenrechtsgerichtshof den ecuadorianischen Staat wegen einer Reihe von Rechtsverletzungen an der amazonischen Kichwa-Gemeinde Sarayaku. Dort hatte der argentinische Ölkonzern CGC in den 1990er Jahren Probebohrungen durchgeführt. Die entsprechende Lizenz wurde erteilt, ohne dass die Bevölkerung vorher befragt wurde. Der Konzern hatte die Bewohner_innen schikaniert und vertrieben, und schließlich bei seinem Rückzug erhebliche Mengen von Sprengstoff im Boden hinterlassen. Der ecuadorianische Staat wurde nun zu Reparationszahlungen und zur Entfernung des Sprengstoffs verurteilt.
Für die Zukunft wichtig ist, dass das Urteil die Verpflichtung zur Vorabbefragung indigener Völker betont und Ecuador auffordert, entsprechend gesetzgeberisch aktiv zu werden, was ihm eine Relevanz weit über Ecuador hinaus verleiht. Der Justiziar von Rafael Correa, Alexis Mera, verlautbarte nach dem Urteil, der ecuadorianische Staat werde die Entschädigung zwar zahlen, sich das Geld jedoch von Expräsident Lucio Gutiérrez zurückholen. Die Regelung der künftigen Durchführung von Vorab-Befragungen liegt seit vielen Monaten beim ecuadorianischen Parlament.

// Ximeña Montaño

BOHREN, WAS DAS ZEUG HÄLT

BRASILIENS EXTRAKTIVE INDUSTRIEN WOLLEN DEN GROSSEN SPRUNG WAGEN

Der Extraktivismus in Brasilien boomt: Der weltgrößte Erzproduzent ist ein brasilianischer Konzern, die potentiellen Uranvorkommen könnten die zweitgrößten der Welt sein, vor der Küste wurden immense Ölvorkommen entdeckt und in zuvor technisch nicht zugänglichen Gesteinsschichten schlummern Billionen Kubikmeter an Schiefergas. Rosige Aussichten für Konzerne und den Staat, düstere Zukunft für die Anwohner_innen.

„Uran bringt Krebs" prangte auf den Transparenten des Demonstrationszuges. Ende Juli dieses Jahres protestierten die Anwohner_innengemeinden der Uran- und Phosphatmine Itataia bei Santa Quitéria im nordostbrasilianischen Bundesstaat Ceará gegen den Uran-Abbau in ihrer Nachbarschaft. Zu der Demonstration hatten unter anderem die Lokalgruppen der Caritas, der Landlosenbewegung MST und der Landpastorale CPT aufgerufen. Die Mine ist entgegen den Planungen noch immer nicht in Betrieb genommen worden, da die Bundes- und Landesbehörden sich bislang nicht darauf verständigen konnten, welche Behörde für die Erteilung der ordnungsgemäßen Betriebsgenehmigung zuständig ist.

Im Juli 2008 hatte die brasilianische Regierung den Startschuss für den Abbau des radioaktiv belasteten Erzes bei Santa Quitéria gegeben. Angesichts damals gleichzeitig explodierender Weltmarktpreise für Uran und Düngemittel erhoffte sich der Staat ein gutes Geschäft. Denn in der gemischten Uran- und Phosphatmine lohnt sich die Ausbeutung gleich doppelt: Das Privatunternehmen Galvani Mineração plant die geschätzten nahezu neun Millionen Tonnen Phosphat bei einem anfänglichen Produktionsvolumen von jährlich 120.000 Tonnen abzubauen, um den boomenden Agrarsektor Brasiliens mit einheimischen Rohstoffen für die Düngemittelproduktion zu bedienen. Zurzeit importiert Brasilien noch immer rund 75 Prozent seines jährlichen Düngemittelbedarfs aus dem Ausland. Gleichzeitig soll die staatliche Atomfirma Indústrias Nucleares do Brasil (INB) in der Mine Itataia jährlich zunächst 800 Tonnen Uranoxid abbauen. Angestrebt wird die doppelte Produktion. Das gesamte Uranvorkommen der Mine soll sich, so der Präsident der INB Alfredo Tranjan Filho, auf 142.000 Tonnen Uranoxid belaufen. Tranjan Filho erläuterte bei der Eröffnungszeremonie im Jahr 2008, dass der Uranabbau reibungslos und ohne Schäden für Mensch und Umwelt verlaufen werde.

Dies sehen die nun protestierenden Anwohner_innen anders. In den vergangenen Monaten hatten sie mehrmals zu Protesten aufgerufen, um auf die Bedrohung durch den Uranabbau aufmerksam zu machen. Der in Santa Quitéria aufkommende Widerstand hat auch mit den Medienberichten vom vergangenen Jahr über die Proteste der Anwohner_innen der bisher einzigen in Betrieb befindlichen Uranmine Lateinamerikas bei Caetité im nordostbrasilianischen Bundesstaat Bahia zu tun. Dort hatten im Mai 2011 mehr als 3.000 Anwohner_innen einen aus São Paulo kommenden Atomtransport über mehrere Tage erfolgreich blockiert. Die aufgebrachte Menge hatte damals die Zufahrtsstraße zur Uranmine Lagoa Real versperrt und so Verhandlungen seitens der Atomfirma INB und der Behörden erzwungen. Einer Untersuchung von Greenpeace aus dem Jahre 2008 zufolge verseucht die Mine das Trinkwasser von 3.000 Menschen der Region mit Uran, wobei der Grenzwert siebenfach überschritten wird.

Derartiges übersieht die Regierung in Brasília recht leicht. Denn das Land hat anderes vor, rüstet sich für den massiven Ausbau seiner Uranproduktion. So soll der Abbau der Mine Itataia möglichst bald beginnen. Eigentlich sollte der Abbau des Uranerzes bis Ende 2013 starten, wegen der noch ausstehenden Behördengenehmigung geht der Betreiber INB nun von 2015 aus. „Itataia ist fundamental", lässt INB gebetsmühlenhaft betonen. „Fundamental" ist die Mine für die neuen Atomkraftwerke und das künftige Atom-U-Boot. Und

um diese Atomträume zu befriedigen, braucht es Uran, für dessen Beschaffung Brasilien nicht abhängig von Importen aus dem Ausland sein will. Das Land verfügt derzeit über die sechstgrößten Uranvorkommen der Welt, wobei erst ein Drittel der Landesfläche untersucht wurde – und diese Untersuchungen basieren auf Erhebungen aus den 1970er Jahren. Der Präsident der brasilianischen Nuklearvereinigung ABEN Francisco Rondinelli erklärte, das Land könnte über die zweitgrößten Uranreserven der Welt verfügen. „Wir haben bereits 310.000 Tonnen entdeckt, die für 25 weitere produktgleiche Atomkraftwerke wie Angra 2, bei einer Betriebsdauer von 60 Jahren, reichen würden", hob er im Juni 2008 stolz hervor. So schwärmen die Geolog_innen und Ingenieur_innen im ganzen Land aus und prospektieren, wo es Uran geben könnte.

Aber sie suchen nicht nur Uran. Neue Erzminen, Gas- und Ölfelder, alles, wonach im Untergrund das Bohren lohnt, findet sich in Brasilien, dem Eldorado des Extraktivismus. In Minas Gerais starteten unlängst die ersten Bohrungen für das sogenannte „unkonventionelle" Gas, Schiefergas genannt. Dieses liegt in den Gesteinsschichten des Schiefers und wird mittels horizontaler Bohrungen dort herausgepresst: Unter hohem Druck werden Unmengen an Wasser mit einer Unzahl an chemischen, teils hochtoxischen Stoffen in die Gesteinsschichten herein- und das Gas herausgepresst. Diese hydraulic fracturing oder kurz fracking genannte Schiefergasförderung wurde in den letzten Jahren in den USA entwickelt und hat dort zu einem Gas-Boom geführt. Dort streiten sich nun Unternehmen, Wirtschaftsministerium, Umweltbehörden und Anwohner_innen um die Folgen. Verseuchtes Trinkwasser, kranke Anwohner_innen und beeindruckende Bilder von Wasserhähnen, deren Wasserstrahl entflammbar ist, machen in den USA die Runde – in Brasilien sind diese Gefahren derzeit jedoch noch kein Thema. Die Bohrungen im geologischen Becken São Francisco stehen kurz vor der Ausführung, und die Politik lässt sich in der Presse freudig zitieren, wenn sie vom „neuen Gasfieber in Minas Gerais" träumt. Die Gesamtvorkommen des Schiefergases in Brasiliens Gestein schätzt das US-amerikanische Energieministerium auf sieben Billionen Kubikmeter, gegenwärtig nachgewiesene Reserven des konventionellen Gases liegen bei 395 Milliarden Kubikmetern. Kein Wunder, dass Petrobras, Shell und andere Konzerne die Ausbeute vorbereiten und die Regierung von den Arbeitsplätzen, der Entwicklung und den zu generierenden Einnahmen schwärmt.

Auch Brasiliens Bergbauriese Vale hatte sich an den Probebohrungen für Schiefergas in Minas Gerais beteiligt, unlängst aber die Mehrzahl der Projekte wieder fallengelassen. Vales Vorsitzender Murilo Ferreira gab 2011 bekannt, dass sein Konzern sich wieder mehr auf den Bergbau konzentrieren wolle. Denn richtig Geld verdient Vale mit Eisenerz. Im vergangenen Geschäftsjahr erzielte der weltgrößte Eisenerzproduzent der Welt einen Nettogewinn von 30 Milliarden US-Dollar. Zwar sinkt derzeit die Nachfrage nach Erzen an den Terminbörsen, was die Weltmarktpreise in den vergangenen zwölf Monaten um rund ein Drittel nachgeben ließ, aber der Konzern mit Sitz in Rio de Janeiro will seine Produktion weiter erhöhen. Dazu plant Vale, bei der weltgrößten Erzmine Carajás im Bundesstaat Pará zwei weitere gigantische Minen zu eröffnen.

Das wird die Anwohner_innen der Erzminen nicht freuen. Denn entgegen aller schönen Umweltbeteuerungen haftet dem Konzern nicht gerade das Image eines Saubermanns an. Erst Anfang 2012 wurde Vale im schweizerischen Davos beim „Public Eye People's Award" zum „übelsten Unternehmen weltweit" gekürt. Bei der offenen Internetabstimmung hatte sich Vale unter anderem gegen die japanische Tepco durchgesetzt, die für den Atomunfall von Fukushima im März 2011 verantwortlich war.

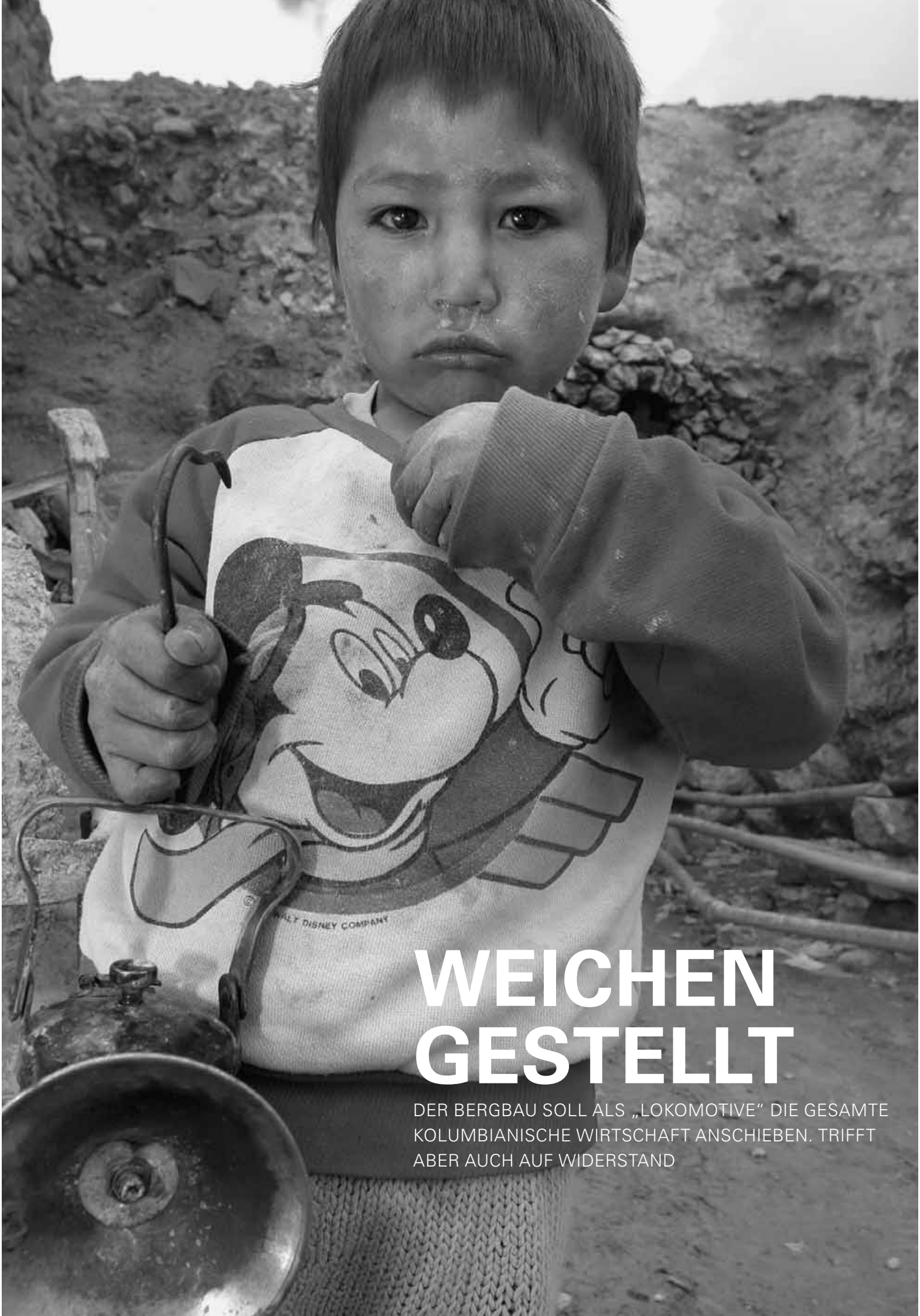
So sehr der Bergbau derzeit noch absolutes Schwergewicht in Brasiliens Wirtschaft darstellt, so bedeutsam könnten sich in Zukunft die vor der Küste entdeckten Ölfelder erweisen. Auf einer Länge von 800 Kilometern, vom Bundesstaat Espírito Santo bis nach Santa Catarina, erstrecken sich die Ölfelder bis zu 350 Kilometer vor der Küste. In einer Wassertiefe von über 3.000 Metern und unter einer zwei bis drei Kilometer dicken Salz- und Gesteinsschicht – daher „pré-sal", „vor dem Salz", genannt – liegen schätzungsweise bis zu 100 Milliarden Barrel Öl (ein Barrel sind etwa 159 Liter) sowie riesige Mengen an Erdgas. Für Brasiliens vormaligen Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva waren die Funde vor der Küste damals ein „Geschenk Gottes", „Gott sei Brasilianer" und der Petrobras-Chef

werde „brasilianischer Scheich". Würden diese Felder ausgebeutet, so rechnete Greenpeace im vergangenen Jahr vor, würden allein bis 2020 zusätzliche 955,82 Millionen Tonnen an Kohlendioxidäquivalenten in die Atmosphäre entlassen. Brasilien hat sich dazu verpflichtet, die Kohlendioxidemissionen bis 2020 um 38 Prozent zu senken. Wie dies vor dem Szenario des immensen pré-sal gelingen soll, bleibt Brasílias Geheimnis. Das Risiko der Tiefseebohrungen, meint Petrobras, sei komplett beherrschbar – Deepwater Horizon vom Golf von Mexiko läßt grüßen.

Im Land ist es weitestgehend unstrittig, dass ein Großteil der erwarteten Petrodollars aus der Ausbeute des pré-sal in den Bildungsbereich fließen soll. Mehrere Gesetzesvorhaben werden derzeit im Kongress noch verhandelt, der Anteil der Gelder für Bildung soll zwischen 30 und 50 Prozent der erwarteten Royalties aus der Erdölförderung vor der brasilianischen Küste betragen. Damit will Brasília die geplanten Mittel für Bildung im Land auf die Marke von bis zu zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes steigern.

Doch angesichts der künftigen Ausbeutung des pré-sal mahnten Vertreter_innen der Zivilgesellschaft bereits Anfang 2011 eine andere Debatte an. Die gegenwärtige Diskussion offenbare Mängel und Defizite, wenn es allein um Fragen der Verteilung gehe. Vielmehr sei zunächst die Frage zu stellen, welche Konsequenzen die Ausbeutung dieser fossilen Rohstoffe für Umwelt und Gesellschaft habe. Auch stelle sich die Frage nach den Folgen des auf fossilen Energieträgern basierenden Wirtschafts- und Entwicklungsmodells. Doch diese wenigen Mahner_innen werden Brasiliens Extraktivismus-Abenteuer kaum aufhalten können. Zu sehr haben alle Regierungen auf die Ausbeute der Rohstoffe gesetzt, zu sehr lockt der Ruf des schnellen Dollars, der mit Erz, Öl, Uran und weiteren Rohstoffen erzielt wird. Zu wenig werden Fragen nach der ökologischen Tragfähigkeit eines auf Ausbeutung von Rohstoffen fixierten Modells gestellt. Doch damit steht Brasilien in Lateinamerika oder anderswo bei Weitem nicht alleine da.

// Christian Russau



WEICHEN GESTELLT

DER BERGBAU SOLL ALS „LOKOMOTIVE“ DIE GESAMTE KOLUMBIANISCHE WIRTSCHAFT ANSCHIEBEN. TRIFFT ABER AUCH AUF WIDERSTAND

In Kolumbien wird die Rohstoffförderung massiv ausgeweitet. Für internationale Unternehmen lassen sich aufgrund sehr niedriger Abgaben ausgezeichnete Geschäfte machen. Bei der Bevölkerung kommt hingegen wenig an. Eine andere Rohstoffpolitik ist zurzeit nicht in Sicht.

Schon fahren die Züge wieder. Seit Mitte Juli 2012 hatten Eisenbahner_innen bei der Bahnlinie FENOCO, die sich der Bergbaukonzern Drummond mit anderen Unternehmen teilt, gestreikt. Denn die Züge transportieren keine Menschen, sondern täglich um die 160.000 Tonnen Kohle von den Tagebauen im Nordosten des Landes zu den Häfen Santa Marta und Ciénaga an der Karibikküste. Die Streikenden und die Metallgewerkschaft SINTRAIME forderten sicherere Arbeitsbedingungen, Sozialversicherungen und ein Ende befristeter Verträge bei Subunternehmen. Ein Gericht in Bogotá erklärte den Streik im August für illegal.

Immer wieder beschwört Präsident Juan Manuel Santos die „Lokomotiven" für wirtschaftliches Wachstum in Kolumbien: Agrarindustrie, Infrastruktur, Immobilien und Bergbau. Kohle und Bergbau allein machen fast die Hälfte der Exporte aus, sie sollen die gesamte exportorientierte Wirtschaft anschieben.

Für die kanadischen, britischen oder schweizerischen Unternehmen ist der kolumbianische Bergbausektor im wörtlichen Sinn eine Goldgrube. Weit über den bereits beachtlichen vier bis fünf Prozent, die das Bruttoinlandsprodukt zuletzt jährlich wuchs, lag das Wachstum des Bergbausektors 2010 bei um die 15 Prozent. Es ist der größte Boom der Geschichte. Selbstverständlich spielen dabei die Weltmarktpreise eine wichtige Rolle. Mit der weltweiten Krise zog etwa die Nachfrage nach Gold massiv an, die Preise explodierten. Exportierte Kolumbien 2007 noch Gold im Wert von 332 Millionen US-Dollar, waren es 2009 bereits 1,54 Milliarden. Während des Streiks bei FENOCO konnten die Firmen nur die Hälfte der üblichen Menge an Kohle ausfahren; die Tonne kolumbianischer Kohle verteuerte sich im Vergleich zu den Weltmarktpreisen. Doch „wenn die Nachfrage drastisch sinkt und die Preise fallen, fällt die ganze Exportstrategie in sich zusammen. So war es immer! Nichts weist darauf hin, dass das diesmal nicht passiert!" kommentiert Diego García vom Medienkollektiv El Turbión.

Die ausländischen Direktinvestitionen im kolumbianischen Bergbausektor stiegen zwischen 2006 und 2009 um 73 Prozent auf etwa drei Milliarden US-Dollar an. Bei 72 Millionen Tonnen pro Jahr liegen die Ausfuhren von Kohle inzwischen, zweitwichtigstes Empfängerland ist Deutschland.

Anders als in Venezuela oder Mexiko sind staatliche Stellen in Kolumbien im Bergbau fast nur noch Lizenzgeber, finanzieren Infrastruktur oder nehmen indirekte Abgaben („regalías") ein. Von Steuern sind die Unternehmen weitestgehend befreit. Die Gewinne reinvestieren die Unternehmen keineswegs produktiv in Kolumbien, sondern transferieren sie meist zurück in den Norden.

Als zentrale Achse der Entwicklungsstrategie profitiert der Bergbau im autoritären kolumbianischen Modell auch von gewaltsamen Vertreibungen der letzten Jahrzehnte: So systematisch ist die Vertreibung von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern aus Regionen, die unterdessen durch agroindustrielle Nutzung, Bergbau oder für die extensive Rinderwirtschaft inwertgesetzt werden, in keinem anderen lateinamerikanischen Land. Gerade in den selbstverwalteten Gebieten indigener und afrokolumbianischer Gemeinden spiegeln sich gewalttätige Aneignungsprozesse wider. Ganze Dörfer wurden aus ihren an Bodenschätzen oder Biodiversität reichen Gegenden vertrieben. Heute wächst der Druck auf bäuerliche Gemeinden mit der Orientierung auf große Bergbauprojekte, Infrastrukturvorhaben und agroindustriell bewirtschaftete Großflächen noch an. Immer wieder gibt es daher Vorwürfe gegen Bergbaumultis, mit Paramilitärs gemeinsame Sache gemacht zu haben. So stand das US-amerikanische Kohleunternehmen Drummond wiederholt in den USA vor Gericht. Ohne jahrelange hartnäckige Bemühungen verschiedener Organisationen wäre das kaum passiert.

Im August 2012 riefen das Kolumbianische Netzwerk gegen den transnationalen Großbergbau (Reclame) und mehrere Gewerkschaftsverbände zum Widerstand gegen die „Lokomotive Bergbau" und zu Demonstrationen in 21 Städten auf. Im Protest gegen große Bergbauprojekte sammeln sich Umweltbewegungen, bäuerliche und Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaften und indigene Vertretungen. Das Komitee zur Verteidigung der Hochebene Santurbán sammelte über 100 000 Unterschriften zum Schutz des Gebietes. Dort hatten die Firmen Greystar (Kanada) und Endesa/Enel (Spanien) im Projekt Angostura („Enge")

den Goldabbau geplant. Der Páramo Santurbán gilt als seltenes Ökosystem der Hochanden mit entscheidenden Wasserreservoirs. „Würde man dort eingreifen, wäre das eine Umweltkatastrophe und würde die Wasserversorgung in der ganzen Region zerstören", so die Befürchtung des Komitees. Im Februar 2011 gingen in der nahegelegenen Großstadt Bucaramanga über 40.000 Menschen auf die Straße. Im Mai 2011 lehnte das Umweltministerium den Antrag des Unternehmens auf Unbedenklichkeit ab – ein Erfolg, wenn auch keine endgültige Entscheidung.

Die Vernetzung zwischen Arbeiter_innen und Gemeinden, die vom Ressourcenabbau betroffen sind, ist nicht immer einfach. Für die einen sind die Minen Arbeitgeberin, für die anderen zerstören sie Acker- und Weideland. Francisco Castillo von der Organisation Aury Sará weist auf die unmögliche Situation der Ölarbeiter_innen in den Amazonasdepartamentos hin: „Bei Pacific Rubiales und anderen Multis werden die Arbeitsrechte völlig missachtet, außerdem sind paramilitärische Gruppen aktiv, und von diesen profitieren die Firmen, weil sie gewerkschaftliche Arbeit unmöglich machen." Häufig werben die Unternehmen Arbeiter_innen aus anderen Landesteilen an, um den Gemeinden, die einem Tagebau weichen müssen, nicht eine neue Lebensgrundlage zu schaffen.

Fast nie lassen sich die Unternehmen auf geregelte Umsiedlungsprozesse ein: Die Gemeinde Tabaco in der Nähe der Kohlemine Carbones del Cerrejón räumte die Polizei 2001 gewaltsam. Bulldozer rissen Häuser ein, in denen noch Möbel, Kleidung und Küchengerät standen. Die noch bestehenden Dörfer in der Nähe der Kohlemine sind auf ihren Ortskern zusammengeschrumpft – überall, wo die Firma Land aufgekauft hat oder die Leute entnervt und eingeschüchtert ihren Besitz aufgaben, markierte das Unternehmen die Grenzen des Privatgeländes: Zutritt verboten. Privates Sicherheitspersonal verbot Angeln und Jagen in der Umgebung. Die Grundstücke wurden weit unter Wert an die Firma verkauft. Fast nie reichte der Erlös, um sich anderswo ein Stück Land zu kaufen. Die Gemeinden gleichen Inseln, um die herum bereits Kohle abgebaut wird.

Während die Unternehmen beteuern, ihr Umweltmanagement sei exzellent, kritisieren die betroffenen Gemeinden, die Folgen des groß angelegten Bergbaus seien unumkehrbar. Allein der Wasserverbrauch im Kohle- oder Goldabbau ist enorm; zum Herauslösen aus dem restlichen Gestein werden zudem Giftstoffe wie Zyanid benötigt. Auch die Wasserquellen selbst sind bedroht. Der einzige Fluss der semi-ariden Region Guajira, der auch in den Trockenphasen des Jahres Wasser führt, ist der Río Ranchería. Das Unternehmen Cerrejón will ihn auf 26 km umleiten: Unter dem Flussbett vermutet es 530 Millionen Tonnen Kohle.

„Warum sollten wir unseren einzigen Fluss gegen Exportabgaben tauschen?" schreibt Vicenta Siosi Pino, Angehörige der indigenen Wayúu, Anfang 2012 in einem offenen Brief an Präsident Santos. „Und wenn wir uns angeblich keine Sorgen machen sollen, warum will das Unternehmen uns dann Entschädigungen zahlen?"

Wo nicht im Tagebau gefördert wird, sind die Folgen für die lokale Gesellschaft ebenfalls schwerwiegend. Smaragde etwa exportiert Kolumbien seit Jahrhunderten. In den Minen in Boyacá nahe der Hauptstadt Bogotá ist Kinderarbeit keine Seltenheit. Kinder sieben die Überbleibsel aus den Minen nach winzigen Smaragden durch, die übersehen wurden oder arbeiten in für Erwachsene zu engen Tunneln. Die Gemeinde Muzo im Herzen der Smaragdabbauregion hat eine der höchsten Analphabetenraten Kolumbiens: Viele Kinder arbeiten in den Minen, statt die Schule zu besuchen. Lungenkrankheiten sind häufig.

Jede Familie arbeitet dort für sich, alle hoffen auf den einen Smaragd, der sie reich machen wird. Sie sind das eine Ende des Spektrums. Am anderen stehen Netzwerke der Organisierten Kriminalität, die unter anderem im 20. Jahrhundert mit dem Smaragdschmuggel reich wurden und heute die kolumbianische Politik mitbestimmen. Victor Carranza, der „König der Smaragde", hat, so das Gerücht, eine steuerfreie Lizenz über die Minen. Mehr als die Hälfte der weltweit gehandelten Smaragde kommen aus Kolumbien. Ein formalisierter Wirtschaftszweig ist es bis heute nicht: Im Zentrum Bogotás findet man die Smaragd-Händler auf der Straße, täglich versammeln sie sich an der Avenida Jiménez.

Immer hat es in Kolumbien auch kleine Bergbauprojekte und einzelne Bergleute gegeben, die meist keine Lizenzen fürs Schürfen von Gold oder Smaragden haben. Lange ignoriert, finden sie sich nun als Konkurrent_innen von Firmen wie der britisch-südafrikanischen Anglo-Gold Ashanti um ihre Schürfgebiete wieder – so etwa im traditionellen Minenstädtchen Suárez in der Region Cauca, wo

laut der kolumbianischen *Le Monde Diplomatique* Anglo-Gold Ashanti sogar für das Areal des Friedhofs eine Förderlizenz beantragt hat.

Rechtlich gibt es den Status des Kleinbergbaus nicht mehr. Die kleinen Bergleute sollen ebenso Landtitel erwerben wie ein multinationales Unternehmen mit Kapitalzuflüssen in Milliardenhöhe. Immer wieder zerstören nun kolumbianische Sicherheitskräfte ohne richterlichen Beschluss Gerät der „informellen" Bergbauunternehmen, weil bereits ein Großunternehmen eine Lizenz beantragt hat. Der informelle Bergbau sei eins der großen Probleme des Landes, so der Bergbau- und Energieminister Mauricio Cárdenas Santamaría: Die Bergleute ohne Lizenz müssten „wie Drogenhändler behandelt werden". Präsident Santos setzte in Rio de Janeiro eins drauf: „Der illegale Bergbau ist in vielen Ländern ein Problem für die Umwelt, in Kolumbien ist er zusätzlich zu einer Geldquelle für illegale Gruppen geworden" (vgl. auch den Text von Ronald Köpke in diesem Dossier).

Stattdessen hat die Regierung nun 17,5 Millionen Hektar im Nordwesten und den Amazonasregionen reserviert, um die „nachhaltige" Förderung von Koltan, Uran, Platin und Gold zu ermöglichen. Sie will ab sofort in Verhandlungsrunden entscheiden, welchem Unternehmen sie Titel in den „strategischen Regionen" zuspricht. „Einige" der autonom verwalteten Gebiete indigener Gemeinden und Naturschutzzonen sollen ausgespart bleiben.

„Wir als Staat müssen jetzt die Umweltbehörden schneller arbeiten lassen. Diese strategischen Bergbauregionen sind eigentlich eine Schutzmaßnahme für Territorien mit großer Sensibilität für Umweltschäden", traut sich Luz Helena Sarmiento, Leiterin der Nationalen Umweltlizenzbehörde, zu sagen. Unternehmen, die es gewohnt waren, dass eine „Umweltprüfung" ein ziemlich rasch ausgestelltes Papier war, hatten sie kritisiert. In der Region Cesar habe sie nun die geplante Expansion der Tagebaue von Firmen wie Drummond, Prodeco, Vale y CNR um noch einmal die Hälfte ihrer Fläche gestoppt. „Wir haben das nicht autorisiert. Die Schadstoffquoten waren zu hoch", so Sarmiento im Interview mit der Wochenzeitung *Semana*. Kolumbien müsse seine Biodiversität schützen, auch im „grünen Geschäft" könne das Land zur wirtschaftlichen Macht werden. Beruhigend klingt das wohl weder für betroffene Gemeinden noch für Arbeiter_innen im Bergbau.

// Alke Jenss

KUPFERLAND IN PRIVATER HAND

IN CHILE LAGERN DIE GRÖSSTEN KUPFERRESERVEN DER WELT, WAS SEIT JEHER DEN WUNSCH NACH VERSTAATLICHUNG BEFÖRDERT

Chile ist der Staat, in dem weltweit mit Abstand das meiste Kupfer gefördert wird. Schon seit Mitte des 20. Jahrhunderts gibt es deswegen Konflikte um die Frage, ob das chilenische Kupfer vom Staat oder privat gefördert werden soll. In den letzten 40 Jahren hat es hierbei immer wieder Veränderungen gegeben.

„Chile wird Kraft eines souveränen Aktes das Kupfer verstaatlichen. Ein souveräner Akt, der in den Resolutionen der Vereinten Nationen verankert ist, die festgelegt haben, dass Staaten das Recht haben, ihre grundlegenden Reichtümer zu verstaatlichen". Das waren die Worte des sozialistischen Präsidenten Salvador Allende am 11. Juli 1971, als der chilenische Kongress das Gesetz 17.450 beschloss, das die Verstaatlichung des gesamten, auf chilenischem Territorium vorhandenen Kupfers ermöglichte.

Das rötliche Metall ist schon seit dem Ende der Salpeterexporte in den frühen 1930er Jahre das wichtigste Exportgut des Landes und dessen Förderung einer der wichtigsten Wirtschaftszweige Chiles. Doch gleichzeitig ging die Kupferproduktion seit jeher mit Konflikten zwischen dem chilenischen Staat und den privaten Kupferproduzent_innen einher. Denn das Kupfer wurde nach Aussagen der chilenischen Nationalbibliothek von Anfang des 20. Jahrhunderts an hauptsächlich von US-amerikanischen Firmen gefördert und exportiert. Das führte dazu, dass Anfang der 1970er Jahre 70 Prozent des chilenischen Aktienkapitals von US-amerikanischen Großkonzernen gehalten wurden. Gleichzeitig wurde im Zeitraum zwischen 1922 und 1970 bei Investitionen im Wert von 3,5 Millionen US-Dollar ein Reingewinn von 4,5 Milliarden US-Dollar erwirtschaftet. Diese immensen Einnahmen führten im Laufe der 1960er Jahre zu einer immer stärker werdenden Kritik an der Gewinnverteilung im Kupferbusiness.

Den ersten Schritt hin zu einer Verstaatlichung des chilenische Kupfers machte allerdings nicht der 1970 ins Amt gewählte Salvador Allende, sondern dessen Vorgänger Eduardo Frei Montalva von der Christdemokratischen Partei Chiles. Schon 1964 begann seine Regierung mit der sogenannten „Chilenisierung des Kupfers". Diese Wirtschaftpolitik sah vor, dass der chilenische Staat über die Verbindung mit ausländischen Kupferproduzent_innen und Investitionen die Kupferproduktion vergrößern sollte, was auch gelang.

Die Erfolge dieser Maßnahme sowie die hohen Gewinne der Kupfer fördernden Unternehmen schufen genug gesellschaftlichen Rückhalt dafür, dass die Regierung Allende das Gesetz 17.450 verabschieden konnte. Doch diese und andere Reformen, die unter der Zielvorgabe, einen Sozialismus auf demokratischem Weg zu erreichen, getätigt wurden, führten neben hausgemachten wirtschaftlichen Problemen im Kontext des Kalten Krieges zu einer starken Einflussnahme der USA auf Chile. Ziel dieser Interventionen war eine Destabilisierung der Regierung. Der damalige US-Außenminister und heutige Friedensnobelpreisträger Henry Kissinger sagte dazu: „Ich sehe nicht ein, dass wir zulassen sollten, dass ein Land marxistisch wird, nur weil die Bevölkerung unzurechnungsfähig ist." Neben einem Wirtschaftsembargo war eine der Maßnahmen eine „Unsichtbare Blockade", die vor allem darin bestand, in Chile benötigte Ersatzteile für in den USA produzierte Autos, Busse oder eben Maschinen für den Kupferbergbau nicht mehr nach Chile zu exportieren.

Nach drei Jahren offizieller und auch verdeckter Operationen gegen die Regierung Allende putschte am 11. September 1973 das chilenische Militär unter Führung von General Augusto Pinochet gegen die gewählte Regierung. Salvador Allende kam bei der Bombardierung des Regierungspalasts um Leben, wobei um die genauen Todesumstände noch immer heftige Diskussionen geführt werden. Nach dem Putsch wurden mehr als 3.000 Menschen ermordet oder verschwanden, zehntausende wurden interniert und gefoltert und unterschiedlichen

Schätzungen zu Folge gingen zwischen 200.000 und 500.000 Chilen_innen ins Exil.

Der Kupferbergbau ging indes seinen gewohnten Gang, die von der Regierung Allende vorgenommenen Verstaatlichungen blieben unangetastet, vor allem um das chilenische Militärbudget zu finanzieren. Bis heute sind zehn Prozent des Bruttokupferverkaufwerts der staatlichen Kupfergesellschaft CODELCO fest für das chilenische Militär vorgesehen. Dies erklärt, warum entgegen der sonst stramm neoliberalen Wirtschaftspolitik der Militärdiktatur 1990 noch 85 Prozent des in Chile geförderten Kupfers vom Staatsunternehmen CODELCO gefördert wurden.

Was in den Jahren der Herrschaft von Diktator Pinochet nicht geschah, schafften dann die verschiedenen Regierungen des sozialdemokratischen Parteienbündnisses Concertación. Der Anteil des Kupfers, das von privat betriebenen Unternehmen gefördert wurde, stieg bis 2007 auf 72 Prozent, gleichzeitig verdreifachte sich die Menge des in Chile geförderten Kupfers von etwa 1,59 Millionen Tonnen im Jahr 1990 auf 5,56 Millionen Tonnen im Jahr 2007. Chile ist damit der Staat, in dem weltweit mit Abstand am meisten Kupfer gefördert wird und in dem auch ein Drittel der weltweiten Kupferreserven liegen, was Chile zu dem Kupferland schlechthin macht.

Und das Geschäft mit dem Kupfer scheint langfristig immer profitabler zu werden. Im vergangenen Jahrzehnt hat sich der Preis für das Halbedelmetall im Schnitt mehr als verdreifacht. Dem Vorstandsvorsitzenden des staatlichen Kupferkonzerns Diego Hernández zufolge ist der Haupt-

grund dafür das rohstoffhungrige China, das 38 Prozent des jährlich produzierten Kupfers verbraucht. Und die chinesische Wirtschaft scheint trotz der Akkumulationskrise, die in den Staaten des Nordens um sich greift, deutlich weiter zu wachsen. Rosige Aussichten also für die Kupferproduzent_innen. Die Gewinne aus Steuern der privatwirtschaftlichen Unternehmen in Chile werden sich nach der Zeitung *el ciudadano* allein im Jahr 2011 auf 34,6 Milliarden US-Dollar belaufen – dies entspräche 79 Prozent des gesamten chilenischen Staatshaushaltes. Angesichts dieser Zahlen ist es verlockend, die Verstaatlichung der Kupferförderung zu fordern, ließe sich doch mit diesem Geld viel bewegen.

Mittlerweile gewinnt der Ruf nach einer Wiederverstaatlichung immer breitere Unterstützung. Unter anderem ist dies eine der Forderungen, die die chilenische Studierendenbewegung gestellt hat. „Die Bewegung hat nicht nur gefordert, dass einem marktwirtschaftlichen Verständnis von Bildung ein Ende bereitet werden muss, sondern sie spricht auch von einer Steuerreform und von der Wiederverstaatlichung des Kupfers", so die ehemalige Sprecherin des Studierendenverbandes Confech Camila Vallejo im Interview mit den *Lateinamerika Nachrichten* (LN 453). Schon jetzt erwirtschaftet CODELCO einen enormen Anteil der Staatseinnahmen - 2008 waren es gut 25 Prozent.

Doch eine weitere Verstaatlichung ist komplizierter, als es sich viele Chilen_innen wünschen. Es scheint schon schwierig, geltendes Recht für die Privatunternehmen durchzusetzen und beispielsweise Steuerbetrug entgegenzuwirken. Hinzu kommt, dass es durch die engen Verquickungen von Personal aus privaten Unternehmen mit Codelco am Ende oft zu Nachteilen für das Staatsunternehmen kommt (siehe LN 451).

So steigen laut Recherchen der Zeitung *el ciudadano* die Kosten, die von den Minengesellschaften deklariert werden, erstaunlicherweise immer entsprechend der Entwicklung der Weltmarktpreise für Kupfer. Dementsprechend niedrig ist das Steueraufkommen der privaten Minenunternehmen, vor allem im Vergleich zu den Abgaben, die Codelco an den Fiskus abführt.

An sich wäre es aber ein leichtes Unterfangen, diesem Treiben ein Ende zu bereiten. Denn genauso wenig, wie die 1971 verstaatlichten Unternehmen während der Pinochet-Diktatur reprivatisiert wurden, wurde das von der Regierung Allende verabschiedete Gesetz 17.450 trotz neuer Verfassung 1980 abgeschafft. De jure sind alle Bodenschätze auf chilenischem Territorium Eigentum des chilenischen Staates und können „zur Gelegenheit, die der Präsident der Republik bestimmt" verstaatlicht werden, ohne dass die Notwendigkeit bestünde ein neues Gesetz zu verabschieden.

Von einer Regierung der Concertación, geschweige von einer Regierung der chilenischen Rechten, wie sie im Moment an der Macht ist, ist dieser Schritt aber nicht zu erwarten. Zu fest ist in beiden Parteienbündnissen die neoliberale Ideologie verankert. Basisorganisationen hingegen machen sich die Forderung nach einer „Rückgewinnung des Kupfers", wie sich eine der vielen Nichtregierungsorganisationen nennt, die zum Kupfer arbeiten, zu eigen. Am 11. Juli 2012, just 41 Jahre nachdem der chilenische Kongress das Gesetz 17.450 verabschiedete, lancierte die Gewerkschaft der Leiharbeiter_innen im Kupferbergbau SITECO eine Kampagne mit dem Namen „Das Kupfer ist chilenisch". Im neoliberalen Chile ist das aber eher ein frommer Wunsch, denn Realität.

// David Rojas-Kienzle

„AUS UMBAU WURDE KONTINUITÄT“

INTERVIEW MIT JOSÉ DE ECHAVE, EHEMALIGER VIZE-UMWELTMINISTER PERUS

Peru ist seit Jahrzehnten ein Magnet für internationale Berbauunternehmen, Proteste gegen die ökologischen Folgen wurden stets unterdrückt. Die Neuausrichtung der Rohstoffpolitik war eines der zentralen Themen von Präsident Ollanta Humala vor seiner Wahl, für das auch die Berufung von José de Echave stand (siehe Fotokasten). Die *Lateinamerika Nachrichten* sprachen mit ihm über aktuelle Konflikte, Schlüsselmomente bei der Kehrtwendung Humalas und die Bedeutung von sogenannten Rohstoffpartnerschaften mit Industrieländern.

Foto: Knut Henkel

JOSÉ DE ECHAVE

arbeitet für die regierungskritische Sozial- und Umweltorganisation CooperAcción. Der 54-jährige Ökonom war Vize-Umweltminister unter Präsident Ollanta Humala, dessen Mitte-Links-Bündnis seit Juli 2011 regiert. Ende November 2011 trat de Echave aus Protest gegen die Regierungspolitik zurück.

Seit Monaten halten zwei massive Bergbaukonflikte Peru in Atem. Sowohl bei den Protesten gegen das Projekt Conga, das den Ausbau einer Goldmine in Cajamarca vorsieht, als auch bei dem Konflikt um die Kupfermine Tintaya im Verwaltungsbezirk Espinar, waren Tote zu beklagen. Zeichnen sich Lösungen für die beiden Konflikte ab?

Eher nicht, denn der Regierung scheint nicht klar zu sein, welche Tragweite diese Proteste haben. Es fehlt an klaren Analysen, warum es zu immer mehr und deutlich massiveren Protesten und Konflikten in Peru kommt. Exemplarisch für dieses Unvermögen steht die Tatsache, dass angesichts der Proteste gegen das Bergbauprojekt Conga zweimal das Kabinett ausgewechselt wurde. Ich denke, dass es weder eine vernünftige Analyse noch eine Strategie und auch keine politisch relevanten Persönlichkeiten gibt, die nach Kompromissen suchen und den Dialog führen. Die Regierung reagiert, sie agiert nicht, um grundsätzliche Probleme zu lösen.

Mit der Wahl von Präsident Ollanta Humala im vergangenen Jahr waren viele Hoffnungen verbunden, beispielsweise, dass der Bergbau mit der Landwirtschaft vereinbar sein müsse. Humala selbst hat die Bedeutung dessen mehrfach betont. Ein Großteil der betroffenen Landbevölkerung bezeichnet ihn inzwischen als Lügner. Zu Recht?

Ollanta Humala hatte viele Hoffnungen geweckt und angekündigt, die Interessen der Bauern, der Gemeinden und auch deren Zugang zum Wasser zu garantieren. Doch einmal im Amt hat sich die Situation schnell und entscheidend verändert. Anfangs gab es noch den politischen Willen ein Bündel von Reformen durchzuführen, die den peruanischen Staat und das Umweltministerium zu einer ernsthaften Autorität im Lande gemacht hätte.
Doch mit dem Aufkommen der ersten Konflikte, vor allem dem Projekt Conga in Cajamarca, aber auch anderen, nahm die Bereitschaft ab, den Wandel in der Umwelt- und Bergbaupolitik des Landes

einzuleiten. Aus der Regierung des Umbaus, der Transformation, wurde die Regierung der Kontinuität, des Stillstands.

Da Sie diese Phase quasi hautnah als Vizeminister im Kabinett miterlebt haben – gibt es einen Punkt, wo der Wille zu Reformen den Präsidenten verlassen hat?

Ja, es gibt verschiedene Schlüsselmomente. Im ökonomischen Bereich war die Nominierung von Wirtschaftsminister José Miguel Castilla ein wichtiger Schritt. Dieser war bereits unter Alan García [neoliberal ausgerichteter Ex-Präsident, Anm. d. Red.] im Wirtschaftsministerium einer der Vizeminister und steht für die Kontinuität einer Wirtschaftspolitik, die sich in den letzten zwanzig Jahren kaum verändert hat. Auch die Bestätigung von Julio Velarde als Zentralbankchef war ein Zeichen in diese Richtung, das sicherlich auch potentielle Investoren beruhigen sollte.
Im Umweltbereich wurde hingegen erst im November klar, wohin es gehen soll. Damals kam der Präsident von einer Tagung aus Hawaii zurück und musste feststellen, dass die Proteste zugenommen hatten.

Wie reagierte Humala?

Sehr überraschend: Er entzog uns im Umweltministerium den Rückhalt für die anlaufenden Reformen und entschied, zentrale Funktionen des Umweltministeriums dem Ministerrat direkt zu unterstellen. So entstand faktisch ein zweites Umweltministerium, eine Parallelstruktur, und dort sollten fortan auch die Umweltgutachten ausgewertet werden – eben auch jenes zum Projekt Conga. Für mich war das der Wendepunkt und ich bin von meinem Posten zurückgetreten. Wenig später folgte dann das ganze Kabinett, angeführt von Salomon Lerner [dem damaligen Ministerpräsidenten, Anm. d. Red.].

Ist das Modell des Extraktivismus in Peru an seine Grenzen gestoßen?

Nun gut, die peruanische Regierung hat sich für ein Wirtschaftsmodell entschieden, das auf der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen fußt. Aber das ist ein Phänomen, welches in ganz Lateinamerika zu beobachten ist. Alle Regierungen, egal welcher politischen Couleur, stützen sich auf den Extraktivismus. Natürlich gibt es Unterschiede. In Peru und Kolumbien ist die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen in den Händen großer internationaler Konzerne, in Bolivien, Venezuela, Ecuador und auch zu großen Teilen in Brasilien ist es der Staat, der bei der Förderung der Rohstoffe die zentrale Rolle spielt. In allen Ländern gibt es allerdings soziale Probleme und Widerstände gegen die Vernichtung von Schutzgebieten wie derzeit das Beispiel des umstrittenen Straßenbaus durch den TIPPNIS-Nationalpark in Bolivien zeigt.
In Peru ist der Bergbau für rund 60 Prozent der Exporte verantwortlich, sorgt aber nur für rund 100.000 Arbeitsplätze. Trotzdem und obwohl er Arbeitsplätze in der Landwirtschaft gefährdet, soll er weiter ausgebaut werden, wenn es nach der Regierung in Lima geht. So gibt es mehrere Großprojekte, die in den nächsten Jahren umgesetzt werden sollen, obwohl der Widerstand zunimmt.

Humala hatte sich im Wahlkampf für die Entwicklung eines Flächennutzungsplans ausgesprochen, um die Konzessionierung von sensiblen Flächen durch den Bergbau zu regulieren. Warum ist von einem derartigen Plan, den Sie im Umweltministerium gefördert haben, nichts mehr zu hören?

Das ist ein zentrales Thema, das in den letzten Monaten unter den Tisch gefallen ist, obwohl die Konzessionierung für den Bergbau immer wieder für Konflikte sorgt. Der Hauptgrund dafür ist, dass keine Gebiete von der Konzessionierung ausgenommen sind und die Bevölkerung erst gar nicht eingeweiht, sondern vor vollendete Tatsachen gestellt wird.
Zudem gibt es viele Konzerne, die sich Konzessionen für die Zukunft gesichert haben und Bergbauprojekte auf Basis dieser vorbereiten; sie haben kein Interesse an einem Flächennutzungsplan. So steigt der Anteil der Flächen, auf die Konzessionen vergeben sind, stetig an, oft ohne Konsultation der lokalen Bevölkerung. Für die Debatte über die Frage, wo Bergbau stattfinden darf und wo eben nicht, wäre ein Flächennutzungsplan das richtige Instrument. Wir brauchen klare Strukturen und es ist sinnvoll eine ganze Reihe von Gebieten zu No-Go-Areas für den Bergbau zu erklären. Aus meiner Perspektive gibt es jedoch kaum politischen Willen diese Diskussion zu führen.

In der Region von Huancabamba, im Norden Perus, wehrt sich die lokale Bevölkerung gegen die Ansiedlung einer Kupfermine. In einem selbst durchgeführten Referendum hat sie deutlich gemacht hat, dass sie auf nachhaltige Landwirtschaftskonzepte setzt. Ist das ein Beispiel, das Schule machen könnte?

Ja, durchaus. Bereits 2002 führte ein Referendum zum Ende eines Goldbergbauprojekts in Tambogrande. Aber auch in Guatemala und Argentinien hat sich das Instrument genauso wie in Peru, in Tía María 2009 und Huancabamba 2007, bewährt. Auch in der Region von Cajamarca, wo das Bergbauprojekt Conga geplant ist, ist über ein Referendum diskutiert worden, aber die peruanischen Gesetze sehen dieses Instrument nicht vor. Dabei könnten Referenden eine Alternative nicht nur für Peru, sondern für ganz Lateinamerika darstellen. Es ist schließlich nötig, neue Mechanismen für die Partizipation der lokalen Bevölkerung zu entwickeln.

Welche Lektionen können internationale Investoren aus den Konflikten von Conga und Tintaya lernen?

Es ist klar, dass die Bergbauunternehmen nicht mehr den Bergbau wie vor zwanzig Jahren durchziehen können. Die lokale Bevölkerung stellt Ansprüche und vier Bergseen auszuradieren ist auch in Peru keine kleine Sache mehr. Früher war das möglich, denn der Bergbau ist von oben durchgesetzt, quasi verordnet worden. Heute ist die Zerstörung von vier Lagunen ein Attentat auf die Gemeinden und deren Grundrechte. Die Parameter haben sich verschoben und wir leben in einer Welt, die von der Klimakatastrophe bedroht ist, die längst spürbar ist.

In Deutschland, aber auch in anderen Ländern Europas, sucht man sogenannte Rohstoffpartnerschaften mit Ländern wie Peru. Was kann eine solche wirtschaftliche Zusammenarbeit für Peru bringen und welche Bedeutung kann sie für die Abbauregionen haben?

Das Problem dieser Partnerschaften ist, dass sie nicht auf Augenhöhe stattfinden und auch nicht unbedingt die nachhaltige Entwicklung des betreffenden Landes im Blick haben. Diese Partnerschaften und auch die Freihandelsabkommen auf multilateraler und bilateraler Ebene gehorchen einem Wachstumsimperativ. Verträge wie das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Peru, welches auch ein Thema beim Besuch von Präsident Humala im Juni in Berlin war, verhindern faktisch, dass Staaten wie Peru ihre Umweltschutzbestimmungen verbessern, weil sie die Investitionsbedingungen verändern. Das ist aber in vielen Verträgen untersagt und von den Konzernen faktisch auch einklagbar. Das ist ein gravierendes Problem, da die Umweltschutzbestimmungen in Peru und anderswo erst am Entstehen sind und dringend erweitert werden müssen, wie die zunehmende Zahl von Konflikten zeigt. Ich denke, dass die Rohstoffpartnerschaften der gleichen Logik folgen.

// Interview: Knut Henkel

IM SCHATTEN DER INDUSTRIE

KLEINBERGBAU SPIELT EINE WICHTIGE ROLLE IN LATEINAMERIKA – EIN ÜBERBLICK

In den Diskussionen über Extraktivismus geht es in erster Linie um eine Kritik an industriellen Großprojekten. Dabei gerät aus dem Blickfeld, dass global und in Lateinamerika weitaus mehr Menschen vom Kleinbergbau abhängig sind. Dieser wird als wirtschaftliche Realität in den Gesetzgebungen häufig nicht anerkannt und von den Behörden oftmals offen kriminalisiert.

Im April dieses Jahres wandte sich der kolumbianische Senator Jorge Enrique Robledo in einem offenen Brief an Präsident Juan Manuel Santos. Robledo beklagt, dass es offizielle Politik sei, dass transnationale Bergbauunternehmen, trotz der Umweltschäden die sie hinterlassen, und obwohl sie ihre Abgaben und Steuern nicht ordentlich entrichten, mittlerweile den größten Teil der Schürfrechte in Kolumbien kontrollieren. Gleichzeitig unternehme die Regierung alles, um den Kleinbergbau zu behindern und zu kriminalisieren. Robledos Kritik träfe ebenso auf die anderen Andenländer zu.

Kleinbergbau bezeichnet ein komplexes Gebilde unterschiedlicher Schürf- und Anreicherungspraktiken sowie Organisationsformen und gehört vornehmlich zur „Informellen Ökonomie". Er ist arbeitsintensiv und bietet Einkommensmöglichkeiten; Kleinbergbau basiert in der Regel auf den Aktivitäten von Kleinstunternehmen, Familien, selbständigen Bergleuten und selten auf freier Lohnarbeit. Kleinbergbau reicht vom klassischen Tunnelbergbau in seinen vielfältigen Formen (maschinell oder nichtmaschinell) bis hin zu Mineraliensammler_innen und Goldwäscherei, sowohl in traditioneller Form als auch unter massivem Maschineneinsatz (Pumpen, Flösse, Schlauchanlagen). 90 Prozent aller vom Bergbau abhängigen Familien in den Andenländern leben vom Kleinbergbau in seinen unterschiedlichsten Formen (siehe Kasten).

Seit dem 19. Jahrhundert haben sich Bergbaugemeinden kaum verändert: Gewalt, Drogen und Prostitution bestimmen das Bild; es besteht ein ausgesprochen hohes Risiko für Frauen und Minderjährige für die schlimmsten Formen der Ausbeutung. Ein weiteres Problem sind lokale Händler in den Gemeinden, oft kontrolliert durch organisierte Banden oder Paramilitärs, die niedrige lokale Preise unter dem Börsenpreis an die Bergleute bezahlen und innerhalb bewohnter Ortschaften Quecksilber „verbrennen", eine höchst gesundheitsgefährdende Praxis.

Der Tunnelbergbau, den wir zum Beispiel noch im Nariño (Kolumbien), im Sub-Medio (Peru) oder in Zamora oder Porto Bello (Ecuador) finden, enstand oftmals im Zuge des industriellen Bergbaus Seit Ende der 1960er Jahre gingen die Renditen der Edelmetallförderung durch fallende Weltmarktpreise zurück. Viele transnationale Unternehmen ließen Tunnelbergwerke ruhen, die durch sogenannte informelle Bergleute seit Ende der 1970er Jahre „still" besetzt wurden. Kleinbergbau begann dort vor allem mit Mineraliensammler_innen auf den Abraumhalden und zunehmend durch Übernahme des Tunnelbergbaus. Im kleinen Stil lohnte sich etwa die Goldgewinnung zur Existenzerhaltung.

Obwohl in Lateinamerika in den letzten Jahrzehnten viele Millionen Menschen und ihre Familien zunehmend vom Kleinbergbau abhängig sind, steht diese Entwicklung nur bedingt in einem Zusammenhang mit steigenden Börsenpreisen für Edelmetalle oder mit dem Extraktivismus als Entwicklungsmodell. Erfahrungen der internationalen Assoziation für verantwortungsbewussten Bergbau (ARM) zeigen auf, dass zumindest die hohen Preise für Edelmetalle weitgehend an den Kleinbergleuten vorbeigehen. Die Mineralienpreise, die an lokalen Kleinbergbau bezahlt werden, und die Preise für Werkzeug, Diesel, Ausrüstung, Chemie und Kleinmaschinen sind im nahezu gleichen Verhältnis gestiegen. Zentraler Parameter ist dabei die Entwicklung des Ölpreises, der sich im Verhältnis zum Goldpreis exakt parallel nach oben entwickelt hat. Das Hauptproblem des Kleinbergbaus ist jedoch vor allem die rechtliche

Formalisierung seitens der Politik, die parallel zur Begünstigung der Bergbauindustrie zu einer immer höheren Barriere wird.
Seit multinationale Unternehmen Konzessionen horten (*Concession Grabbing*), wachsen die Gemeinden von Kleinbergleuten vor allem in Räumen, in denen sie „illegal" die ruhenden Konzessionen der Industrie ausbeuten. Dies führt zu schweren Konflikten zwischen der Industrie mit umliegenden Gemeinden, Umwelt und Landwirtschaft, aber auch mit dem Kleinbergbau.
In Fällen, in denen die Ausbeutung von Konzessionen ein gutes Geschäft verspricht oder neue ertragreiche Konzessionen erworben werden können, wird Druck auf Gemeinden, Landbesitzer_innen, aber auch auf Kleinbergleute ausgeübt, um Konzessionen in deren Gebieten zu erlangen und gegebenenfalls auszubeuten. Das ist etwa der Fall in den afro-kolumbianischen Gemeinden des Chocó in Kolumbien, wo dies mit relativ viel Geld oder direkter Korruption geschieht. Die Industrie hat auch nie vor Vertreibung zurückgeschreckt, wobei sie sich vor allem in Kolumbien in der Vergangenheit wiederholt der Paramilitärs bedient hat, ohne die der Extraktivismus in Kolumbien in der heutigen Form gar nicht denkbar wäre.
Im Chocó, im kolumbianischen Cauca, im peruanischen Madre de Diós oder im brasilianischen Río Branco gilt allerdings das Gleiche für mafiöse Netzwerke von Kleinbergleuten, die mit schweren Maschinen und Flössen vordringen, lokale Goldwäschergemeinden bedrohen, sich ihrer Schürfrechte bedienen und dafür auch paramilitärische Gewalt einsetzen.
Ende der 1990er Jahre entstanden in der Auseinandersetzung mit der Industrie und den lokalen Behörden, die Kleinbergleute zu kriminalisieren versuchten, im Sub-Medio in Peru große Organisationen von Kleinbergleuten als Ergebnis des Kampfes um Formalisierung und Legalisierung. In einigen Fällen wurde erreicht, sich legal zu etablieren, die Schürfrechte zu sichern und sich zu formellen Unternehmen in Händen der Kleinbergbauleute zu entwickeln.
Heute hat Tunnelbergbau kaum noch etwas mit industriellem Großbergbau zu tun. Während Kleinbergbau existenzsichernd und arbeitsintensiv ist, trägt die Industrie schlicht ganze Berge ab und verwandelt Landschaften in Baggerwüsten.
Dabei ist wichtig festzuhalten, dass die Industrie insgesamt nur einen sehr kleinen Teil ihrer Konzessionen tatsächlich ausbeutet. So nutzt etwa

DIE UNTERSCHIEDLICHEN FORMEN DES KLEINBERGBAUS

• Formelle Kleinunternehmen mit und ohne Beschäftigte (andere Selbständige und wenige Lohnarbeiter_innen, die in Mineralien bezahlt werden);
• selbständige Bergleute, oder Gruppen von selbständigen Bergleuten, die unabhängig agieren mit und ohne Lohnarbeiter_innen;
• einzelne Familien, die die Mineralien unter sich aufteilen;
• Informelle Kleinstunternehmen, die beispielsweise Gold anreichern (zermahlen, amalgamieren, schmelzen etc.);
• Mineralsucher_innen auf Abraumhalden (vorwiegend Frauen, die Mineralien auflesen und amalgamieren oder als freies Roh-Gold verkaufen);
• Formelle semi-industrielle Kleinunternehmen, die Zyanid-Laugen-Verfahren semi-industriell organisieren;
• Kooperativen oder Aktiengesellschaften von Kleinbergleuten, die als Konzessionshalter_innen fungieren für Andere;
• Kooperativen oder Aktiengesellschaften von Kleinbergleuten, die sich im Bergbau und in der Anreicherung betätigen und Gold vermarkten;
• Indigene oder afro-lateinamerikanische Gemeinden, die Schürfrechte an der Oberfläche besitzen und Konzessionen verhandeln können nach Sondergesetzgebungen (Puna (Jujuy)/ Argentinien, Chocó/ Kolumbien).

der britisch-australische Bergbau-Gigant Rio Tinto weniger als fünf Prozent seiner Konzessionen aus, der Rest ist spekulatives Kapital.

Da nach den meisten Bergbaugesetzen Konzessionen nicht über mehrere Jahre ruhen dürfen, stellt die Industrie einen Riesenapparat bereit, um die Bergbauministerien zu bearbeiten und Schürfrechte beständig zu erneuern. Das ist ein natürliches Einfallstor für Korruption, bei dem Gelder an lokale Funktionäre fließen, die dafür Sorge tragen, dass im Zweifelsfall dem Kleinbergbau Schürfrechte verwehrt werden. Auch werden erhebliche Mittel eingesetzt, um Lobbyarbeit zur Verabschiedung von begünstigenden Bergbaugesetzen zu betreiben. Gleichzeitig stellt die Formalisierung von Kleinbergbau durch Schürfabgaben (*Regalías*) und Steuergesetze, Genehmigungsverfahren, Teilgenehmigungsverfahren für Anreicherungsanlagen, Landerwerb usw. eine enorme Barriere dar. In unterschiedlichen Etappen wird dabei bei den Bergbau-, Umwelt-, Steuer- und Lokalbehörden die Hand aufgehalten und ohne Rechtsbeistand ist nicht weiterzukommen. Kleinbergleute und ihre Familien ohne Organisation können sich nie und nimmer diesem Prozess aussetzen. Der größte Teil des Sektors verbleibt deshalb in der Informalität, vor allem dort, wo Bergbau nur eine kurzfristige Aktivität und/oder die wirtschaftlichen Vorteile einer Formalisierung unter den gegebenen Voraussetzungen sehr begrenzt sind. Durch dieses Nadelöhr zu schlüpfen ist - neben der Organisierung - der entscheidende Schritt, den Kleinbergbau nachhaltiger zu machen.

Die Politik der verschiedenen nationalen Regierungen begünstigt die Industrie, kriminalisiert und behindert aber den Kleinbergbau im Prozess der Formalisierung. So erkennt das Bergbaugesetz Kolumbiens Kleinbergbau überhaupt nicht an, sondern verwendet den Begriff „illegaler Bergbau". Die Bemühungen, im peruanischen Bergbaukodex von 2002 erstmalig Kleinbergbau formell anzuerkennen (unter der Regierung von Präsident Alejandro Toledo), wurden durch die Dekrete gegen den informellen Bergbau 2012 zunichte gemacht und lassen ein gefährliches Vakuum entstehen. Dies zeigt das Beispiel in der peruanischen Amazonasregion Madre de Dios, wo die legale Handhabe mit oder in dem Sektor zu arbeiten durch Dekrete zerstört wurde. Verbesserungen im Kleinbergbau können nur durchgesetzt werden, wenn die formelle Anerkennung eine gesetzliche Grundlage bietet, auf der in Richtung von verbesserten Umweltpraktiken, Sicherheit und Gesundheit und des Schutzes von Frauen und Minderjährigen gearbeitet werden kann.

// Ronald Köpke, ARM, Medellin

VORERST FINITO FÜR INFINITO GOLD

NIEDERLAGEN FÜR BERGBAUUNTERNEHMEN IN COSTA RICA

Im November 2011 stoppte das Oberste Verwaltungsgericht in Costa Rica die Pläne des Unternehmens Infinito Gold für einen offenen Tagebau im Norden des Landes erneut. Ein großer Sieg für den Widerstand gegen das extraktivistische Modell. Doch einen endgültigen Schlussstrich bedeutet der Gerichtsentscheid noch nicht.

Der Jubel bei den Gegner_innen des Bergbaus war groß. Am 30. November 2011 bestätigte das Oberste Verwaltungsgericht Costa Ricas sein früheres Urteil gegen die Pläne des kanadischen Bergbauunternehmens Infinito Gold für die Ausbeutung der Mine Las Crucitas im Norden des Landes. Bereits ein Jahr zuvor, im November 2010, hatte das Gericht die Konzessionen des Unternehmens für Las Crucitas annulliert, doch der Bergbaugigant war in Berufung gegangen. Politische Rückendeckung erhielt das damalige Urteil durch eine im gleichen Zeitraum verabschiedete Reform des Bergbaugesetzes, das die Neuvergabe und Verlängerung von Schürfkonzessionen im offenen Tagebau generell verbietet. Mit dem Gerichtsentscheid scheiterten die zu diesem Zeitpunkt fast 20 Jahre andauernden Bemühungen von Infinito Gold, in der ökologisch wertvollen Region in der Nähe der Grenze zu Nicaragua Gold im offenen Tagebau zu schürfen. Verantwortlich dafür war vor allem der Widerstand der lokalen Gemeinden und verschiedener Umweltorganisationen.

2008 schien dies noch undenkbar. In jenem Jahr hatte der damalige Präsident Oscar Arias per Dekret erklärt, die Ausbeutung von Las Crucitas läge im nationalen Interesse des zentralamerikanischen Staates. Damit verbunden war die Erlaubnis für das kanadische Unternehmen, für das Projekt in großem Stil Wälder abzuholzen, obwohl diese per Verfassung lediglich für Infrastrukturprojekten wie Straßen oder Flughäfen genehmigt werden kann. Inzwischen hat sich der Wind gegen Arias gedreht. Ende April 2011 hat die Staatsanwaltschaft des Landes angekündigt, mutmaßliche Spenden zu untersuchen, die Infinito Gold an die Stiftung von Arias geleistet haben soll. Die Ermittlungen laufen. Der Geologieprofessor Alan Astorda hält diese für bedeutend, auch wenn es am Ende vielleicht nicht gelingt, Arias direkt zu belangen. „Aber es ist sehr wichtig für zukünftige Fälle, dass geschaut wird, wie dieses Dekret damals zustande gekommen ist. Zumindest um daraus Lehren zu ziehen, damit ein solcher Fall nicht noch einmal eintritt, dass ein Präsident geltendes Recht aushebelt, in dem er eine bestimmte Aktivität als im nationalen Interesse stehend bezeichnet." Dieser Erkenntnisgewinn scheint in Costa Rica überfällig: Seit Monaten sorgt ein Dekret der aktuellen Präsidentin Laura Chinchilla für heiße Diskussionen, mittels dessen sie den Neubau einer Landstrasse entlang der nicaraguanischen Grenze ermöglicht.

Dabei hatte Infinito Gold wenig unversucht gelassen, um seine Gegner_innen ruhig zu stellen. Dies wurde im Vorfeld der wegweisenden Gerichtsentscheidung Ende 2011 deutlich. Umweltschützer_innen, Universitätspersonal und soziale Aktivist_innen waren damals an die Öffentlichkeit gegangen und hatten das Unternehmen beschuldigt, sie systematisch zu verklagen, um sie einzuschüchtern und den Widerstand gegen den Goldtagebau zu kriminalisieren. So erging es unter anderen dem Biologieprofessor Jorge Lobo und dem Juristen Nicolás Boeglin auf Grund ihrer Äußerungen in einem Dokumentarfilm über das Goldgeschäft. Beide versuchte Infinito Gold einerseits strafrechtlich wegen angeblicher Diffamierung zu belangen, andererseits reichte das Unternehmen eine zivilrechtliche Schadensersatzklage in Höhe von einer Million US-Dollar ein. Auch der Abgeordnete Carlos Monge und der Anwalt Edgardo Araya wurden auf Schadensersatz verklagt. Araya vertrat die Bergbaugegner in besagtem Gerichtsverfahren, in dem Ende 2010 das Präsidialdekret des damaligen Präsidenten Oscar Arias und die Betriebsgenehmigungen von Infinito Gold wider-

rufen wurden. Dieses Vorgehen leistete sich in der Vergangenheit nicht nur Infinito Gold, auch die Zementindustrie, Tourismusunternehmen oder landwirtschaftliche Großbetriebe sind in ihrer jeweiligen Sache nicht zimperlich. Auch wenn die Klagen allesamt im Sande verliefen, zumeist wegen haarsträubender Vorwürfe oder mangelhafter Klageschriften, so ist das Ziel der Unternehmen klar: Aktivist_innen sollen eingeschüchtert und in die Defensive gedrängt werden.

Auch vor der Freiheit der wissenschaftlichen Lehre macht Infinito Gold nicht halt. Die Universität von Costa Rica initiierte kürzlich ein Seminar über das gescheiterte Projekt in Las Crucitas unter dem Titel „Der Fall Crucitas in der costaricanischen Geschichte: Der Sachverhalt und die Lektionen". Anfang August flatterte der Universität ein Brief der Anwälte von Infinito Gold ins Haus, in der die Uni gemahnt wird, die Inhalte des Kurses zu begrenzen, keine falschen Aussagen gegen Infinito Gold zu treffen und vor allem den Biologieprofessor Jorge Lobo auszuladen. Dieses Schreiben löste umgehend breiten Protest aus: Die Universität verwahrte sich gegen die Einflussnahme von außen als Angriff auf ihre Autonomie und die Freiheit der Lehre. Laut Universitätsprofessor Alan Astorda hat das Seminar einige Bedeutung. Ziel sei es, den gesamten Fall Las Crucitas zu durchleuchten, beginnend mit dem wirtschaftlichen Sinn des Projektes, bei dem Infinito Gold den Plan verfolgte, rund 700.000 Unzen Gold aus der Landschaft zu waschen. Die Praxis des Genehmigungsverfahrens samt der seinerzeit geltenden Gesetze soll analysiert werden. Ebenso wie das Präsidialdekret und der Gerichtsprozess, der mit der Widerrufung der Fördergenehmigung endete, sowie der Widerstand aus der Bevölkerung. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Auseinandersetzung mit dem Verhalten von Infinito Gold und seiner Taktik von Beeinflussungs- und Einschüchterungsversuchen. Das Seminar soll einen Erkenntnisgewinn bieten, der aus Sicht Astordas nicht nur Costa Rica, sondern ganz Lateinamerika dient, während Infinito Gold an diesem wenig gelegen ist.

Gerichtlich ist die Sache allerdings noch nicht

völlig ausgestanden. Infinito Gold hatte noch Ende 2011 postwendend Verfassungsbeschwerde gegen die Annullierung seiner Lizenz in Las Crucitas eingelegt, das Verfahren läuft. Am 11. Mai legte zudem der costa-ricanische Bergbauverband Verfassungsklage gegen drei Artikel des neuen Bergbaugesetzes ein. Auch wenn Verfassungsrechtler_innen der Klage wenig Chancen einräumen, bietet der Umgang mit dieser für die Bergbaugegner_innen Anlass zur Sorge: Weder die Bergbaulobby noch das Gericht oder die Politik hatten die Klage publik gemacht, erst Ende Juni gelangte die Information an die Öffentlichkeit. Die Aktivist_innen befürchten, dass Förderunternehmen und costa-ricanischer Staat hinter verschlossenen Türen versuchen könnten, das bestehende Bergbaugesetz wieder aufzuweichen.

Doch derzeit weht eher den Bergbauunternehmen der Wind ins Gesicht: Nach einem Marsch von Bergbaugegner_innen im Juli 2011 entschied Ende Januar 2012 die Umweltbehörde SETENA gegen eine Reaktivierung der Goldmine Bellavista in der Provinz Puntarenas. Die Mine war 2007 von einem Erdrutsch verschüttet worden und ist seither außer Betrieb. Die Bergbaugesellschaft Metales Procesados MRW hatte angegeben, dass sich dort noch 4,5 Millionen Tonnen schürfbares Golderz befänden. Einen Monat später wies der Umweltausschuss des costa-ricanischen Parlaments die Umweltbehörde und das Umweltministerium an, die vom Bergbauunternehmen eingelegten Einsprüche gegen die Entscheidung zurückzuweisen. Die einstimmige Entscheidung forderte die zuständigen Stellen auf, sich an die ein Jahr zuvor gefasste Novelle des Bergbaugesetzes zu halten, die in Artikel 103 den Einsatz von Cyanid und Quecksilber wie auch weiterer gefährlicher und giftiger Substanzen im Bergbau verbietet. Der Abgeordnete José Maria Villalta von der linken Frente Amplio wertet die Novelle trotz aller Schwächen als Meilenstein in Lateinamerika, da das Verbot des Cyanideinsatzes de facto die Genehmigung neuer Schürfprojekte wie auch veränderte oder erweiterte Betriebsgenehmigungen für bestehende Minen ausschließt.

Einige Signalwirkung für andere Länder Lateinamerikas misst auch Alan Astorda den jüngsten Entwicklungen in Costa Rica zu: „Das Bergbauverbot ist eine direkte Folge der Kämpfe gegen den Bergbau in Costa Rica und auf dem Kontinent." Überall seien die Gesetze und Institutionen schwach und die Ökosysteme äußerst fragil. Der Kampf gegen den Bergbau in Costa Rica sei symbolisch und habe weit über die Grenzen gestrahlt. „Ich hoffe, dass das ansteckend wirkt, auf Zentralamerika, den Rest Lateinamerikas und andere Regionen des Südens. Das Umweltministerium El Salvadors hat ja erst gerade ein ähnliches Gesetz ins Parlament gebracht, dass ebenfalls den Tagebau zumindest vorerst verbietet. Es gab auch dort eine Nutzen-Schäden Abschätzung und die hat die gleichen Ergebnisse gebracht wie hier in Costa Rica."

Dass die Bergbaulobby gerade im kleinen Costa Rica eine empfindliche Niederlage einstecken musste, hat laut Professor Astorda verschiedene Gründe: Zunächst habe der Bergabbau von Metallen in Costa Rica nie eine besondere Rolle gespielt, da die Metallkonzentrationen bei Gold und Silber für traditionelle Abbaumethoden nicht ergiebig genug waren. So gab es in der Vergangenheit nur kleine Minen ohne große volkswirtschaftliche Bedeutung, die dem Staat nur minimale Förderabgaben einbrachten, wenige Arbeitsplätze und auch keine große Zulieferindustrie geschaffen hätten. Deswegen sei eine Reaktion des costa-ricanischen Unternehmersektors zu Gunsten von Infinito Gold und in Ablehnung des Förderverbotes weitgehend ausgeblieben. In der Bevölkerung hätten die neueren und extrem umweltbelastenden Extraktionsmethoden, in denen die Metalle mit Chemikalien aus den Bergen gewaschen werden, seit Anfang an Widerstand hervorgerufen. Und da es in Costa Rica eine vergleichsweise gut organisierte Zivilgesellschaft und ein einigermaßen gutes Gerichtswesen gebe, hätten die Bergbaupläne dort gestoppt werden können, so Astorda.

Doch noch scheint es Ausweichmöglichkeiten für Bergbauunternehmen zu geben. Laut der costaricanischen Zeitung El Pais hat Infinito Gold sämtliche Gerätschaften über die Grenze nach Nicaragua geschafft. Dort soll eine Tochtergesellschaft eine Goldabbaulizenz für ein 168.000 Hektar großes Gebiet im Departamento Nuevo Segovia erworben haben.

// Markus Plate

RÜCKSCHLAG FÜR BERGBAUKONZERNE

IN ARGENTINIEN IST EIN GLETSCHERSCHUTZGESETZ IN KRAFT GETRETEN

Argentinien macht es vor. Das jüngst vom Gericht bestätigte Gesetz zum Verbot von Bergbau in Gletscherregionen ist ein wichtiger Schritt zugunsten der Umwelt und der Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung. Doch bis dahin war es ein langer Weg gegen mächtige Gegner_innen.

„Wasser ist mehr wert als Gold". Der griffige Slogan zieht sich durch ganz Argentinien. Ob als Graffiti an einer bröckelnden Häuserwand, auf einem Pappschild an einer Tür, als Aufkleber am Auto oder als kunstvoll gestaltetes Protestgemälde, der Satz wird viel zitiert von der Bevölkerung. Nicht aber öffentlich in Werbung, Zeitschriften oder auf Plakaten. Dennoch hat er gerade prominenteste Unterstützung erhalten. Argentiniens Oberster Gerichtshof machte im Juli 2012 unerwartet den Weg frei für die Umsetzung eines lang ausgehandelten und doch fast gescheiterten Gesetzes zum Schutz der argentinischen Gletscher, in denen gut 75 Prozent der Trinkwasserreserven des Landes eingefroren sind. Die höchste gerichtliche Instanz hat sich damit gegen den Bergbau gestellt, der mit einer einstweiligen Verfügung die Oberhand im Machtkampf um Gold und Wasser hatte. Ein Machtkampf zwischen ungleichen Gegner_innen. Denn dort wo riesige Bergbauprojekte Löcher in die Landschaft reißen und Wasserreserven zerstören wohnen zumeist arme, oft indigene und kaum an Bildung und moderne Medien angeschlossene Menschen. Die Firmen, die anrücken um die Bodenschätze zu heben haben internationales Kapital und dessen gesamte Lobby auf ihrer Seite. Ihre Politik hat eine klare Linie: „Internationale Bergbauunternehmen fokussieren sich auf die sogenannte Dritte Welt. Unzureichende Gesetzeslagen im Umweltbereich, häufig Korruption und dünn besiedelte Gebiete ohne Gegenwehr machen Investitionen hier im Gegensatz zu aufgeklärten Industriestaaten lukrativ und unkompliziert", sagt Ricardo Vargas vom Umweltbüro San Guillermo.

Ebenso abgelegen wie die Bodenschatzfundstellen liegt ein anderer Schatz – das in Eis gefrorene Wasser. Anders als die möglichst fernab der Öffentlichkeit betriebenen Minen, standen die Gletscher mehrere Jahre lang im Mittelpunkt der politischen Diskussion in Argentinien. Dorthin vorgerückt waren sie erstmalig durch eine Gesetzesvorlage der Abgeordneten Marta Maffei im Oktober 2008. Diese wollte die Süßwasserreserven des Landes sowie ihr Umfeld unter Schutz stellen. Dabei ging es gar nicht in erster Linie um den Bergbau, sondern um jede Aktivität bei der Gletscher beschädigt werden könnten. „Wenn eine Schicht von einem Millimeter Staub auf einem Gletscher liegt, kann dieser die Sonne nicht mehr richtig reflektieren und schmilzt um 15 Prozent schneller", so Ricardo Vargas. Ob Tourismus mit Eiswanderungen, Jeeptouren, Hotels in Gletschernähe oder Bergbau mit Sprengungen ganzer Felslandschaften auf über 4.000 Metern Höhe – die Süßwasserreserven sollten vor jedem Einfluss geschützt werden. Maffeis Vorschlag war so überzeugend, dass er in Abgeordnetenhaus und Senat sofort einstimmig angenommen wurde. Nicht aber von Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner. Sie wischte das Gesetz mit einem Veto vom Tisch, das schnell den Spitznamen „Veto Barrick" erhielt, benannt nach einem der mächtigsten Bergbaukonzerne der Welt, der kanadischen Barrick Gold Corporation. Denn die Barrick Gold betreibt mit zwei Megaprojekten die größten Investitionen im Bergbau in Argentinien. Die Mine Veladero mitten im Biosphärenreservat San Guillermo ist schon in Betrieb und im binationalen Projekt Pascua Lama auf der Grenze zu Chile, dessentwillen im chilenischen Teil Gletscher sogar versetzt werden sollten, soll im kommenden Jahr mit dem Schürfen begonnen werden.

Spätestens das Veto schuf Fronten zwischen Gletscherschutz und Bergbau in Argentinien. Und es brachte die Problematik in die Öffentlichkeit,

wo sie sonst nie in diesem Umfang hingekommen wäre. Zwei Jahre lang suchten nun argentinische Politiker_innen weitere Wege, das Gletscherschutzgesetz doch noch durchzubringen. Und zwei Jahre lang arbeitete die Bergbaulobby dagegen. Der Leitspruch „Wasser ist mehr wert als Gold" verbreitete sich immer weiter. Somit erlangte der Bergbau einen Platz in den Medien und Aufmerksamkeit in jeder Hinsicht mit ganzseitigen Werbekampagnen diverser Bergbauunternehmen oder mit Berichten von Betroffenen vor Ort.

Argentinien hat das sechstgrößte Bergbaupotential der Erde. Seit Methoden gefunden wurden, auch weit verstreute Edelmetallpartikel abzubauen und mit Chile ein binationales Bergbauabkommen geschlossen wurde, sind die argentinischen Anden begehrtes Gebiet für internationale Bergbauunternehmen. Denn die Zusammenarbeit mit Chile löst das Transportproblem für die geschürften Metalle. In Chile ist das Meer nah, in Argentinien machten lange Wege das Schürfen bislang unattraktiv. Nun ist in den letzten sieben Jahren die Zahl der Probebohrungen in Argentinien um 700 Prozent gestiegen. Allein in der Provinz San Juan, welche am stärksten den Bergbau in Argentinien fördert und in der auch die beiden Minen Pascua Lama und Veladero liegen, sind über 150 Bergbauprojekte geplant.

In den Nachbarprovinzen Mendoza, La Rioja und San Luis dagegen wurde der offene Tagebau zeitweilig untersagt und dem Wasser die Priorität eingeräumt. Ein Beschluss, der angesichts neuer Projekte jedoch wieder kippte. Nichts verdeutlicht stärker den Zwiespalt um das Bergbaugeschäft, denn die internationalen Firmen investieren nicht nur in die Minen. Unter dem Motto „Verantwortungsvoller Bergbau" kauft die Barrick Gold Krankenwagen, renoviert Schulen, schickt Mädchen in Trainingsanzügen für Gymnastikkurse in abgelegene Dörfer und bringt Internet an Orte, die nicht einmal Telefon hatten. „Ich weiß, dass mein Hotel in den nächsten Jahren ausgesorgt hat, denn irgendwo müssen die Ingenieure ja leben. Ich habe Verträge mit der Barrick geschlossen, auch wenn mir klar ist, dass der Bergbau die Gegend hier zerstört und dann Touristen ohnehin nicht mehr kommen. Ich hoffe auf Gesetze wie den Gletscherschutz, denn wir als Einzelpersonen haben nicht die Macht, diese Konzerne fernzuhalten und ich selbst muss heute überleben", bekennt sich ein Hotelier aus der Provinz San Juan, der namentlich nicht genannt werden möchte.

Lokaler Widerstand verpufft zumeist auf wenig gehörten Demonstrationen und bei hilflosen Versuchen, Öffentlichkeit und Verständnis zu gewinnen. Was für die Barrick Gold „Verantwortungsvoller Bergbau" ist, wird von einigen anders eingeschätzt. „Sie versuchen, die Einwohner zu kaufen und sind leider erfolgreich. Selbst Flyer des San Guillermo Nationalparks, der unmittelbar von der Mine Veladero betroffen ist, finanziert die Barrick Gold. Ein Widerspruch in sich, aber die

Nationalparkleitung hält somit den Mund", sagt Ricardo Vargas.

Trotz des präsidialen Vetos ging der Kampf für ein Gletscherschutzgesetz weiter. Im Oktober 2010, als lokale Aktivist_innen sich schon als Einzelkämpfer_innen verstanden, schlugen die Abgeordneten Daniel Filmus und Miguel Bonasso ein entsprechendes Gesetz mit fast identischem Text erneut vor. Beide Kammern des argentinischen Kongresses stimmten zu, Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner akzeptierte dieses Mal das Votum. Ein Sieg, der quer durch alle Parteien und gegen eine internationale Lobby ging. Doch sofort stoppte die Provinz San Juan gemeinsam mit der Barrick Gold Corporation, zwei weiteren Bergbauunternehmen sowie der Bergbaugewerkschaft die Umsetzung des Gesetzes durch eine einstweilige Verfügung. „Die Aktivitäten der Firma werden nicht auf Gletschern ausgeführt", erklärte hierzu der Vizepräsident der Barrick Gold in Südamerika, Rodrigo Jiménez. Dementsprechend wehren sie sich auch gegen die vorgesehene Katalogisierung und Evaluierung sämtlicher Gletscher und anliegender Projekte, die als erster Schritt zur Umsetzung des Gletscherschutzgesetzes vorgesehen ist. „Wenn die Barrick Gold wirklich keine Gletscher gefährdet, hat sie auch keinen Grund, sich der Untersuchung derselbigen zu widersetzen", so der Abgeordnete Filmus.

Dieser Widerspruch wurde zum Hauptargument des Obersten Gerichtshofes, der nun im Juli die einstweilige Verfügung zurückwies und damit offiziell den Weg für die Anwendung des Gletscherschutzgesetzes frei machte. Damit könnte sich die Waagschale von Bergbau und Umweltschutz möglicherweise zugunsten der Natur neigen. Es scheint, als täte sie dies an oberster Stelle in Argentinien, da sich zudem auch in anderer Sache Verhandlungen vor der höchsten Instanz anbahnen: Fast zeitgleich mit der Aufhebung der einstweiligen Verfügung gegen den Gletscherschutz unternahm der Oberste Gerichtshof erste Schritte in der Klage von Ricardo Vargas gegen Barrick Gold. Das argentinische Gesetz sieht die Zahlung einer obligatorischen Umweltversicherung vor, die sämtliche Unternehmen zu entrichten haben, deren Tätigkeiten die Umwelt gefährden und beeinflussen. Diese Zahlung wurde für die Minen Veladero und Pascua Lama nicht geleistet. Das Oberste Gericht prüft nun eine 43.690 Seiten umfassende Erklärung zur Auswirkung des Bergbaus auf die Umwelt, die von der Provinz San Juan in Zusammenarbeit mit Barrick Gold eingereicht werden musste. Weder das Gletscherschutzgesetz noch die Umweltschutzversicherung stellen sich per se gegen den Bergbau. Sie sind jedoch Mittel, die einen Rahmen schaffen könnten, möglichst viele Interessen im Sinne der Wahrung natürlicher Ressourcen in Einklang zu bringen. Für den Umweltaktivisten Ricardo Vargas ein unerwarteter Teilerfolg: „Es ist für mich noch immer unfassbar, dass bei einem der größten Bergbaukonzerne der Welt Verdachtsmomente einer solchen Größenordnung vorliegen, dass ein einzelner Bürger es schafft, den Konzern vor den Obersten Gerichtshof zu bringen. Das dies in einem Land wie Argentinien möglich sein könnte, habe ich nie zu glauben gewagt".

// Antje Krüger

Tipps zum Weiterlesen

Publikationen des FDCL:

FDCL e.V. und Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.) *Der Neue Extraktivismus – Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika* // FDCL-Verlag // Berlin 2012 // 169 Seiten // Download unter: www.fdcl.org und www.rosalux.de // Bestellung in gedruckter Form gegen Versandkosten bei isphording@rosalux.de und info@fdcl.org

Lambert, Tobias *Bergbau-Boom mit Nebenwirkungen. Rohstoffsicherung für Deutschland und die Europäische Union – Probleme in Kolumbien und Peru* // hrsg. von Brot für die Welt, FDCL, FIAN, Kampagne Bergwerk Peru und kolko // 40 Seiten // Bezug und Download unter: www.fdcl.org

Brot für die Welt, FDCL, FIAN Deutschland, Kampagne „Bergwerk Peru: Reichtum geht, Armut bleibt", kolko und Misereor *Dokumentation der Fachtagung: „Rohstoffe aus dem Andenraum für Deutschland". Wer trägt die Verantwortung für die Folgen des Bergbaus in Kolumbien und Peru?* // Berlin, 26. Oktober 2011 // Download der Tagungsbeiträge unter: http://land-grabbing.de/triebkraefte/bergbau/dokumentation-fachtagung-bergbau/

Weitere Publikationen (Auswahl):

Aguilar, Carlos *Transitions towards post-extractive societies in Latin America. An answer to the EU Raw Materials Initiative* // hrsg. von Comhlámh, AITEC und WEED // o.A. 2012 // 14 Seiten // Download unter: http://www2.weed-online.org/uploads/transitions_towards_post_extractive_societies_in_latin_america_2012.pdf

Alayza, Alejandra und Gudynas, Eduardo (Hrsg.) *Transiciones, postextractivismo y alternativas al extractivismo en el Perú // Lima 2010 //* Download unter: http://www.redge.org.pe/node/655

Erklärung von Bern [Hg.] *Rohstoff. Das gefährlichste Geschäft der Schweiz //* Zürich 2011 // 434 Seiten // 24,90 Euro

Karin Gabbert et al. (Hg.) *Jahrbuch Lateinamerika 31 - Rohstoffboom mit Risiken*, Westfälisches Dampfboot Verlag // Münster 2007 // 222 Seiten // 24,90 Euro

Galeano, Eduardo *Die offenen Adern Lateinamerikas. Die Geschichte eines Kontinents* // Peter Hammer Verlag // Wuppertal 2004 // 409 Seiten // 16,90 Euro

Internetseiten:

Seiten des Lateinamerikanischen Zentrum für Sozialökologie (CLAES)

www.ambiental.net

www.extractivismo.com/

www.transiciones.org/

Seite der Allianz für verantwortungsvollen Bergbau

www.communitymining.org/

// Das Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V. (FDCL) ist seit 1974 als Informations- und Kommunikationszentrum Anlaufstelle und Treffpunkt für Menschen und Gruppen, die sich über Lateinamerika informieren und engagieren wollen.

// Das FDCL hat eine internationalistische Grundorientierung und versteht sich als Teil der bundesdeutschen Solidaritäts- und der weltweiten globalisierungskritischen Bewegung. Wir beschäftigen uns zum Beispiel mit den verschiedenen Aspekten der Globalisierung und den internationalen Rahmenbedingungen für Entwicklung im Kontext des so genannten Nord-Süd-Verhältnisses. Außerdem mit Handels- und Entwicklungspolitik, Ökologie, Migration und Rassismus sowie den Beziehungen zwischen fortschrittlichen Bewegungen und politischen AkteurInnen hier und in Lateinamerika. Das Eintreten für die politisch-bürgerlichen wie die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte ist seit jeher ein zentrales Anliegen der Arbeit des FDCL.

// Mit dieser Ausrichtung konzentriert sich das FDCL bei seinen Aktivitäten seit mehr als 37 Jahren auf die Solidaritätsarbeit zu Lateinamerika und die entwicklungsbezogene Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit im Inland: So organisiert der Verein politische Informations- und Diskussionsveranstaltungen, Seminare und Tagungen, Kultur- und Besuchsprogramme mit Gästen aus Lateinamerika und öffentliche Aktionen. Zu einzelnen Aspekten und Themen unserer Arbeit veröffentlichen wir Bücher, Reader und Informationsmaterialien.

// Archiv, Veranstaltungen und Publiaktionen des FDCL e.V. unter: **www.fdcl-berlin.de**

LATEIN AMERIKA NACHRICHTEN

// Die Lateinamerika Nachrichten (LN) sind eine Monatszeitschrift, die seit 1973 solidarisch, kritisch und unabhängig über aktuelle Entwicklungen und Hintergrundthemen aus Politik, Gesellschaft, Kultur und Wirtschaft in Lateinamerika und der Karibik berichtet. Mit einer differenzierten und kritisch-solidarischen Berichterstattung möchten wir nicht nur Informationsquelle sein, sondern die gesellschaftlichen Verhältnisse genau analysieren und kritisch hinterfragen.

// Wir finden uns nicht ab mit einer globalen (Un-)Ordnung, in der ein großer Teil der Menschheit in Armut und Unterdrückung lebt und von gesellschaftlicher und kultureller Teilhabe ausgeschlossen ist. Reflexion und Kritik der bestehenden Machtverhältnisse zwischen Nord und Süd sind deshalb wichtige Impulse für unser publizistisches Engagement. Neben Analysen, Reportagen und Interviews zu politischen, sozialen und wirtschaftlichen Themen berichten wir über Literatur, Film und Musik.

// Umfangreiches Archiv sowie Informationen zu Abonnements und Preisen unter: **www.lateinamerika-nachrichten.de**